



ZSL

**Zentrum für Schulqualität
und Lehrerbildung
Baden-Württemberg**

Finanzwirtschaftliche Studien

Handreichung zur Einführung des Bildungsplans im
Beruflichen Gymnasium ab Schuljahr 2021/2022



Redaktionelle Bearbeitung

| | |
|------------------|--|
| Redaktion | Simone Berner, Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) Dr. Patrizia Kühner, Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) |
| Autor/in | Katharina Bauer, Theodor-Heuss-Schule Reutlingen Christina Franz, Willy-Hellpach-Schule Heidelberg Thomas Kögler, Kaufmännische Schule Waiblingen Stefan Müller, Oswald-von Nell-Breuning Schule Rottweil |
| Erscheinungsjahr | 2021 |

Impressum

| | |
|--------------|---|
| Herausgeber | Land Baden-Württemberg vertreten durch das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) Interimsadresse: Neckarstr. 207, 70190 Stuttgart Telefon: 0711 21859-0 Telefax: 0711 21859-701 E-Mail: poststelle@zsl.kv.bwl.de Internet: www.zsl.kultus-bw.de |
| Urheberrecht | Inhalte dieses Heftes dürfen für unterrichtliche Zwecke in den Schulen und Hochschulen des Landes Baden-Württemberg vervielfältigt werden. Jede darüber hinausgehende fotomechanische oder anderweitig technisch mögliche Reproduktion ist nur mit Genehmigung des Herausgebers möglich. Soweit die vorliegende Publikation Nachdrucke enthält, wurden dafür nach bestem Wissen und Gewissen Lizenzen eingeholt. Die Urheberrechte der Copyrightinhaber werden ausdrücklich anerkannt. Sollten dennoch in einzelnen Fällen Urheberrechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an den Herausgeber. Bei weiteren Vervielfältigungen müssen die Rechte der Urheber beachtet bzw. deren Genehmigung eingeholt werden. © Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, Stuttgart 2021 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|----|
| 1 | Allgemeine Vorbemerkungen zum neuen Bildungsplan | 2 |
| 1.1 | Veränderungen im Vergleich zum bisherigen Bildungsplan | 2 |
| 1.2 | Veränderte Rahmenbedingungen..... | 2 |
| 1.3 | Einführende Bemerkungen zu der neuen Bildungseinheit 1 (Demografischer Wandel) | 3 |
| 1.4 | Einführende Bemerkungen zu der neuen Bildungseinheit 2 (Digitale Ökonomie)..... | 4 |
| 1.5 | Einführende Bemerkungen zu der neuen Bildungseinheit 3 (Europäische Währungsunion) | 4 |
| 2 | Einsatzmöglichkeiten von digitalen Medien im Unterricht des Faches Finanzwirtschaftliche Studien..... | 5 |
| 3 | Umsetzungsbeispiele | 7 |
| 3.1 | Bedeutung und Verlauf der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (BPE 1.1) | 7 |
| 3.2 | Digitale Ökonomie (BPE 2)..... | 22 |
| 3.3 | Europäische Währungsunion (BPE 3) | 43 |
| 4 | Umsetzungsbeispiele für Vertiefung – individualisiertes Lernen – Projektunterricht (VIP)..... | 65 |
| 5 | Anhang | 66 |

1 Allgemeine Vorbemerkungen zum neuen Bildungsplan

1.1 Veränderungen im Vergleich zum bisherigen Bildungsplan

Der neue Bildungsplan ist durchgängig kompetenzorientiert formuliert. Hierdurch sollen überprüfbare, fachbezogene Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Bewältigung bestimmter Anforderungen vermittelt werden. Die Ziele sind, im Vergleich zum vorherigen Bildungsplan, kleinschrittiger gegliedert und jeweils mit Kompetenzen und Operatoren formuliert. Durch die Operatoren wird die Kompetenzorientierung konkretisiert, sodass die Schülerinnen und Schüler erkennen, welche Tätigkeit bei der Bearbeitung von Aufgaben erwartet wird. Die Operatoren sind den drei Anforderungsbereichen zugeordnet und bilden damit die unterschiedlichen Anforderungsniveaus ab.

Die bisherige BPE 1 „Immobilien“ ist überarbeitet und dem neuen Bildungsplan WGF – BPE 7 zugeordnet worden. Die bisherige BPE 2 „Einkommensteuer“ ist überarbeitet und dem neuen Bildungsplan Privates Vermögensmanagement (PVM) BPE 10 zugeordnet worden. Die bisherige BPE 3 „Besondere Finanzinstrumente“ ist nicht mehr enthalten, da sie Kenntnisse des Faches PVM voraussetzt, die aufgrund der Wahlmöglichkeiten bei den Kursen nicht bei allen Teilnehmern vorausgesetzt werden können. Die bisherige BPE 4 „Absicherung in verschiedenen Lebensphasen“ ist überarbeitet und dem neuen Bildungsplan PVM BPE 3 zugeordnet worden. Die bisherige BPE 5 „Finanzwirtschaftliche Entscheidungsprozesse auf Basis einer Simulation“ ist nicht mehr enthalten. Die bisherige BPE 6 „Wirtschaftsethik“ wurde überarbeitet und aktualisiert (neue BPE 4).

Die neuen BPE „Demografischer Wandel“ (BPE 1), „Digitale Ökonomie“ (BPE 2) und „Europäische Währungsunion“ (BPE 3) wurden aufgrund ihrer hohen Bedeutung im Hinblick auf die Herausforderungen durch eine von tief greifenden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Änderungen geprägten Lebens- und Arbeitswelt ausgewählt. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler angemessen auf das Leben in der derzeitigen und künftigen Gesellschaft vorzubereiten und sie zu einer aktiven und verantwortlichen Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben zu befähigen.

1.2 Veränderte Rahmenbedingungen

Um die Schülerinnen und Schüler auf die heutigen und zukünftigen Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten, sind die damit verbundenen Entwicklungen, wie Internet der Dinge oder Industrie bzw. Wirtschaft 4.0 auch in den Bildungsplänen zu berücksichtigen. Dem didaktischen Prinzip der Praxisrelevanz folgend, müssen ferner künftige, durch die fortschreitende Digitalisierung ausgelöste Entwicklungen in der Arbeitswelt zeitnah in den Unterricht an beruflichen Schulen Eingang finden.

Die digital vernetzten Medien bieten den Nutzern eine Fülle von Möglichkeiten, wie z. B. der unbegrenzte Zugang zu Informationen, neue Kommunikationswege oder innovative Geschäftsmodelle. Diesen Chancen stehen aber auch Risiken gegenüber. Schülerinnen und Schüler sollen einen verantwortungsbewussten Umgang mit den digitalen Medien erlernen und ein Problembewusstsein für z. B. Kontrolle und Überwachung via Internet oder Probleme durch die Entgrenzung von Privatem und Beruflichem entwickeln.

1.3 Einführende Bemerkungen zu der neuen Bildungsplaneinheit 1 (Demografischer Wandel)

Für jedes Land ist die Entwicklung seiner Bevölkerung von grundlegender Bedeutung. Die Veränderungen der Altersstruktur, der Zahl der Geburten und Sterbefälle sowie die Entwicklung der Zu- und Abwanderung bestimmen im Wesentlichen den demografischen Wandel in einem Land.

Bildungsökonomische Analysen zeigen, dass die Wohlstandsentwicklung eines Landes stark beeinflusst wird von der Zahl, dem Alter, den Kompetenzen und der Gesundheit seiner Einwohner.

Nach einer Analyse grundlegender Fakten, Entwicklungen und Zusammenhänge in BPE 1.1 werden in der Folgeeinheit die fiskalischen Auswirkungen der demografischen Alterung in Deutschland untersucht. Neben der offen ausgewiesenen Staatsverschuldung wird auch die Vielzahl der finanziellen Belastungen thematisiert, zu denen sich der Staat in der Zukunft verpflichtet hat. Am Beispiel der gesetzlichen Rentenversicherung können exemplarisch Lösungsansätze bezüglich dieser immer dringlicher werdenden Problematik herausgearbeitet werden.

Auffällig ist, dass die meisten reichen kapitalistischen Gesellschaften heute nicht mehr den für eine konstante Bevölkerungszahl nötigen Nachwuchs selbst hervorbringen. Kinder erscheinen vielen potenziellen Eltern offenbar zunehmend unvereinbar mit einem flexiblen, unbeständigen und von loseren sozialen Bindungen geprägten Leben in einer Marktwirtschaft. Neben einer Vielzahl von nicht-ökonomischen Ursachen, die in diesem Bildungsplan nicht thematisiert werden, gibt es bedeutsame ökonomische Ursachen, die hier dazu beitragen, dass die Geburt von Kindern das Armutsrisiko der Eltern ansteigen lässt. Dazu zählt unter anderem, dass das Aufziehen von Kindern in einer auf Tauschleistungen fokussierten marktwirtschaftlichen Ordnung nicht als Arbeit oder als Investition in Humanvermögen angesehen und entlohnt wird, sondern als Form des Konsums, welche mit einer unüberschaubaren Anzahl an attraktiven Konsumalternativen konkurriert. Mittels Analysen des Steuer- und Abgabensystems Deutschlands wird überprüft, ob durch familien- und sozialpolitische Konzepte ein ausreichender Familienlasten- und -leistungsausgleich erreicht werden kann. Mögliche Lösungsvorschläge werden daraufhin untersucht, ob es unter Beachtung der Vermeidung von Fehlanreizen erfolgversprechender ist, die Zahl der Kinder durch eine verstärkte Externalisierung von Familienleistungen („mehr Kinder durch weniger Familie“) oder alternativ durch höhere finanzielle Familienförderung („mehr Kinder durch mehr Familie“) zu steigern.

Nach einer Untersuchung von regionalen Unterschieden der demografischen Entwicklung und ihrer jeweiligen Ursachen und Folgen wird zum Abschluss der Bildungsplaneinheit die Migrationsentwicklung unter rechtlichen, ökonomischen und integrationspolitischen Aspekten analysiert. Seit vielen Jahrzehnten

ist Deutschland ein Land mit Nettozuwanderung von teilweise beträchtlicher Höhe. Kosten und Nutzen dieser Entwicklung sind auch im Hinblick auf die Gestaltung von Zuwanderungs- und Integrationskonzepten zu bewerten.

1.4 Einführende Bemerkungen zu der neuen Bildungsplaneinheit 2 (Digitale Ökonomie)

Die BPE 2 thematisiert neue Herausforderungen, mit welchen die Schülerinnen und Schüler in der künftigen Lebens- und Arbeitswelt konfrontiert sein werden. Hierbei werden drei Perspektiven analysiert: Unternehmen, private Haushalte, in welchen die Schülerinnen und Schüler sowohl als Verbraucherinnen und Verbraucher als auch als künftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer agieren, und der Staat. Im Zentrum der Einheit steht hierbei die Digitalisierung als Technologie, die grundsätzlich neue Anforderungen mit sich bringt.

Die BPE 2 beginnt mit einer historischen Einordnung und Begriffsklärung. Im nächsten Schritt werden die wesentlichen Antriebskräfte der Digitalisierung beurteilt. Hierbei liegt der Fokus auf den Veränderungen der Arbeitswelt. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit dem Einfluss der Digitalisierung auf die industrielle Produktion auseinander. Dabei werden grundlegende zukunftsweisende Technologien vorgestellt, um deren Chancen und Risiken zu verstehen. Auch die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler wird durch die Digitalisierung beeinflusst: Smarte Produkte sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken und Digitalisierung erschließt neue Geschäftsfelder. Diese verändern einerseits die traditionelle Welt des Wirtschaftens und zwingen die Marktteilnehmer zu Evolutionen, parallel werden neue Unternehmen und Geschäftsmodelle erschaffen, die einer Revolution entsprechen.

Eines dieser veränderten Geschäftsmodelle ist die Sharing-Economy, die Ökonomie des Tauschens und Teilens, welche das Verbraucherverhalten beeinflusst und sich unter Nachhaltigkeitsaspekten betrachten lässt. Auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben sich neue Tätigkeitsfelder und Veränderungen der Arbeitsbedingungen, die sich unter anderem sozioökonomisch auswirken. Ebenfalls ergeben sich Chancen und Probleme für die gesamte Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt durch die Sharing Economy. Der Fokus der Einheit richtet sich hierbei auf den Peer-to-Peer-Bereich und die ambivalenten Folgen am Beispiel einzelner Unternehmensmodelle. Im letzten Schritt wird die Perspektive des Staates eingenommen. Aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich Fragen rund um deren Wettbewerbsposition im Zuge der Digitalisierung und den Auswirkungen auf Wirtschaftsordnung, Sozial- und Fiskalpolitik.

1.5 Einführende Bemerkungen zu der neuen Bildungsplaneinheit 3 (Europäische Währungsunion)

Die Gründung der Europäischen Währungsunion mit der Einführung des Euros als Gemeinschaftswährung stellt für ihre Mitgliedsländer eine der bedeutendsten ökonomischen Weichenstellungen der Nachkriegsgeschichte dar. Formal unabhängige Nationalstaaten haben sich damit entschieden, auf eine eigene Währung zu verzichten und damit auch auf die Möglichkeit, die wirtschaftliche Situation ihrer Bürger etwa durch die Gestaltung einer auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittenen Geldpolitik oder durch das

Mittel der Abwertung, das in manchen Staaten früher oft eingesetzt wurde, zu beeinflussen. In dieser Bildungsplaneinheit sollen die wesentlichen Funktionsweisen, Veränderungen und Entwicklungen bei der Ausgestaltung der Währungsunion analysiert werden, um die komplexen Zusammenhänge sowie das Handeln von politischen Entscheidungsträgern und der Europäischen Zentralbank (EZB) besser verstehen zu können.

In BPE 3.1 werden der Weg der Entstehung sowie die vertraglichen und institutionellen Rahmenbedingungen der Europäischen Währungsunion analysiert und bewertet. In der Folgeeinheit werden die ersten Jahre der Währungsunion untersucht, die durch einen Boom in den Peripheriestaaten sowie eine Stagnation in Deutschland in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit und steigender Staatsverschuldung gekennzeichnet waren. Im Zuge der weltweiten Finanzkrise zeigte sich aber, dass der Boom in vielen Südländern der Eurozone auf einer inflationären Kreditblase gründete und in der Folge deren internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren ging. Die daraufhin getroffenen geldpolitischen Maßnahmen der EZB veränderten die Eurozone in grundlegender Weise und werden in BPE 3.3 hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und ihrer Wirkungen analysiert. Bevor die noch gesunden Mitgliedsländer mit ihrer Euro-Rettungspolitik ihre Hilfsmaßnahmen begannen, konnten sich die Krisenstaaten im Rahmen der veränderten Geldpolitik durch die Aufnahme von Target-Krediten zunächst selbst helfen. Diese komplexen Zusammenhänge werden in BPE 3.4 näher untersucht.

Mit der Euro-Rettungspolitik wurden grundlegend neue Wege eingeschlagen und hohe Haftungsrisiken auf die helfenden Euro-Mitgliedsstaaten abgewälzt, begründet durch den Satz: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ (Auszug aus der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 19. Mai 2010) Gleichzeitig wurden die Krisenstaaten verpflichtet, umfangreiche Reformen einzuleiten und ihre Staatshaushalte zu sanieren. Das Vertrauen der Finanzmärkte kam hingegen erst durch einen anderen Satz zurück: „Whatever it takes.“ Mit dem damit verbundenen Beschluss der EZB, notfalls unbegrenzt Anleihen von Krisenstaaten zu kaufen, verlagerte sich die Rettungspolitik von den in der Öffentlichkeit tagenden Parlamenten der Mitgliedsstaaten hin zu dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden EZB-Rat. Die zahlreichen tiefgreifenden Auswirkungen der neu ausgerichteten Geldpolitik beispielsweise auf die Einkommens- und Vermögensverteilung oder auf die Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung stehen im Mittelpunkt der abschließenden Bildungsplaneinheit. Die Analyse der Zusammenhänge soll dazu beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler die aktuelle Ausgestaltung der Geldordnung im Euroraum besser verstehen und darauf aufbauend Maßnahmen ableiten können, die einen Beitrag dazu leisten, den Wohlstand, die Stabilität und den sozialen Frieden in Deutschland zu sichern.

2 Einsatzmöglichkeiten von digitalen Medien im Unterricht des Faches Finanzwirtschaftliche Studien

Die beruflichen Schulen knüpfen in ihren Bildungsprozessen an das Alltagswissen und die an allgemeinbildenden Schulen erworbenen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im Umgang mit digitalen Medien an. Da die Digitalisierung auch außerhalb der Schule alle Lebensbereiche umfasst, sollte das Ler-

nen mit und durch digitale Medien in den beruflichen Schulen weitergeführt werden. Dabei spielt die kritische Auseinandersetzung bei der Nutzung digital vernetzter Medien eine wichtige Rolle.

Folgende Einsatzmöglichkeiten bieten sich im Unterricht des Faches „Finanzwirtschaftliche Studien“ an:

- Internet-Recherche
- Erstellung von Lernvideos
- Erstellung von Präsentationen unter Einsatz digitaler Medien
- Auswertung statistischer Daten mithilfe eines Tabellenkalkulationsprogramms
- Datenaustausch im Rahmen der Projektarbeit
- Individuelle Förderung und Binnendifferenzierung durch den Einsatz digitaler Medien

Im Fach „Finanzwirtschaftliche Studien“ sollen folgende Kompetenzbereiche gefördert werden:

- Suchstrategien nutzen und weiterentwickeln
- Relevante Quellen identifizieren und zusammenführen
- Informationen und deren Quellen analysieren, interpretieren und kritisch bewerten
- Informationen und Daten zusammenfassen, organisieren und strukturiert aufbewahren
- Medienerfahrungen weitergeben und in kommunikative Prozesse einbringen
- Als selbstbestimmter Bürger aktiv an der Gesellschaft teilhaben
- Mehrere technische Bearbeitungswerkzeuge kennen und anwenden
- Eine Präsentation planen und in verschiedenen Formaten gestalten und präsentieren
- Bedeutung von Urheberrecht und geistigem Eigentum kennen
- Urheber- und Nutzungsrechte (Lizenzen) bei eigenen und fremden Werken berücksichtigen

3 Umsetzungsbeispiele

3.1 Bedeutung und Verlauf der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (BPE 1.1)

VERLAUFSPLAN/STOFFVERTEILUNG

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|---|-------------------------------------|---|
| 5 | Einstieg: Abbildung „Berliner Mauer“ | Foto Lehrer-Schüler- Gespräch | Die Schülerinnen und Schüler berichten von ihren Vorkenntnissen zur deutschen Teilung und zu den Gründen für den Mauerbau. |
| 25 | Erarbeitungsphase: Bedeutung der Bevölkerung für die Wohlstandsentwicklung eines Landes Die Schülerinnen und Schüler lesen den Text und bearbeiten die angegebenen Rechercheaufträge in Partnerarbeit. | Arbeitsblatt Internet-Recherche | Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die Entwicklung der Bevölkerung für den Erfolg von Staaten entscheidend und eine fortdauernde Auswanderungswelle existenzbedrohend ist. |
| 15 | Präsentation der Ergebnisse im Plenum und Konsolidierung | Arbeitsblatt Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler ergänzen ihre in der Partnerarbeit notierten Ergebnisse. |

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|---|----------------------------------|--|
| 5 | Einstieg: Vergleichsdaten der wirtschaftlichen Entwicklung von z. B. Peru und Südkorea | Tabelle Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler diskutieren über mögliche Ursachen der stark unterschiedlichen Entwicklung. |
| 25 | Erarbeitungsphase: Bildungsökonomische Analyse Die Schülerinnen und Schüler lesen den Text und bearbeiten die angegebenen Aufgaben in Partnerarbeit. | Arbeitsblatt | Die Schülerinnen und Schüler beurteilen den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Bevölkerung und der Wohlstandsentwicklung des Landes. |
| 15 | Präsentation der Ergebnisse im Plenum und Konsolidierung | Arbeitsblatt Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler ergänzen ihre in der Partnerarbeit notierten Ergebnisse. |

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|--|--|--|
| 5 | Einstieg: Abbildung einer (beliebigen, bekannten, symbolisiert dargestellten) Familie | Foto, Cartoon, Grafik Lehrer-Schüler- Gespräch | Die Schülerinnen und Schüler berichten, was sie unter einer Familie verstehen und was Familie für sie persönlich bedeutet. |
| 25 | Erarbeitungsphase: Entstehung und Erhaltung von Humanvermögen Die Schülerinnen und Schüler lesen den Text und bearbeiten die angegebenen Aufgaben in Partnerarbeit. | Arbeitsblatt | Die Schülerinnen und Schüler erläutern die Bedeutung von Familien für die Bildung von Humanvermögen sowie Ursachen für die mangelnde Anerkennung ihrer Leistungen. |
| 15 | Präsentation der Ergebnisse im Plenum und Konsolidierung | Arbeitsblatt Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler ergänzen ihre in der Partnerarbeit notierten Ergebnisse. |
| VIP | Projekt Bevölkerungsentwicklung, Altersaufbau, Lebenserwartung, Geburten, Haushalte (siehe Kapitel 4, Beispiel 1) | Internetrecherche Präsentationsprogramm | Die Schülerinnen und Schüler erstellen eine anschauliche Präsentation zu den angegebenen Inhalten. |

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|---|---|--|
| 10 | Einstieg: Schaubild 1 vom Arbeitsblatt ohne die Projektion in das Jahr 2060 | Dokumentenkamera Lehrer-Schüler- Gespräch | Die Schülerinnen und Schüler interpretieren die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen 1910 und 2018. |
| 20 | Erarbeitungsphase: Bevölkerungsvorausrechnungen Die Schülerinnen und Schüler interpretieren die Schaubilder. Sie tauschen sich in Partnerarbeit über mögliche Folgen der vorausberechneten Ergebnisse aus. | Schaubilder | Die Schülerinnen und Schüler analysieren die erwartete Bevölkerungsentwicklung. |
| 15 | Diskussion im Plenum | Schaubilder | Die Schülerinnen und Schüler diskutieren mögliche Folgen der Projektionsergebnisse. |

FACHLICHE HINWEISE

Der Begriff Humanvermögen ist vom Begriff Humankapital abzugrenzen. Er geht zurück auf die Fünfte Familienberichtscommission, die diesen Begriff in ihrem Bericht geprägt hat. Humanvermögen sei ein besserer Begriff als Humankapital, denn

(1) die Handlungskompetenzen der Mitarbeiter gehörten zum Vermögen (Aktiva) eines Betriebes bzw. einer Volkswirtschaft (Makroebene),

(2) die Handlungskompetenzen eines Individuums ließen sich auch als Handlungsvermögen eines Menschen bezeichnen (Mikroebene),

(3) der gesellschaftliche Fortschritt benötige nicht nur Arbeitskräfte, sondern ebenso kompetente Konsumenten, verantwortliche Eltern, partizipationsfähige Bürger und aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft.

Das Statistische Bundesamt und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung stellen der Öffentlichkeit aktuelle Daten und Vorausberechnungen, die in dieser Bildungsplaneinheit thematisiert werden, kostenlos zur Verfügung. Somit kann auf einfache Weise die Aktualität des Unterrichts sichergestellt werden.

DIDAKTISCHE HINWEISE

Aspekte zum Thema Migration werden in BPE 1.1 weitgehend ausgeklammert, um sie im Zusammenhang in BPE 1.5 zu behandeln.

Die Behandlung des Themas „Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung“ erfolgt in zwei Zugängen: zunächst am historischen Beispiel der Abwanderung aus der ehemaligen DDR bis zum Zeitpunkt des Mauerbaus. Diese Stunde akzentuiert die Folgen einer starken quantitativen Abwanderung aus einem Land, wobei auch in diesem Beispiel bereits Informationen zu Alter oder Qualifikation der abwandernden Menschen genannt werden. In der Folgestunde liegt der Fokus nicht auf Wanderungsbewegungen, sondern auf qualitativen Aspekten, insbesondere auf der Bedeutung des Bildungsniveaus bei der Bevölkerung eines Landes. Auf der Basis einer wissenschaftlichen Analyse wird in dieser Stunde herausgearbeitet, wie eng Bildungsniveau und Wohlstandsentwicklung eines Landes empirisch verknüpft sind.

In der darauffolgenden Stunde werden beide Zugänge zusammengeführt, indem der Fokus auf die Familien gerichtet wird: In den (bestehenden und zu gründenden) Familien eines Landes wird im Wesentlichen bestimmt, in welcher personellen Anzahl und mit welchen Kompetenzen die nachfolgende Generation heranwächst. Es wird herausgearbeitet, dass die Investitionen in Humanvermögen in vielen Messkonzepten der Wohlstandsentwicklung, wie etwa dem Bruttoinlandsprodukt, kaum Berücksichtigung finden,

obgleich sie für diese Entwicklung die zentrale Grundlage bilden. Dieser Gedanke wird in den BPE 1.2 und 1.3 wieder aufgegriffen.

An die Abschlussdiskussion zu den Folgen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung (Schaubilder des Statistischen Bundesamts) schließt inhaltlich nahtlos die BPE 1.2 an.

Zusatzinformation: In der Datei „Arbeitsblätter“ befindet sich eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte der BPE 1.1.

METHODISCHE HINWEISE UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DIGITALER MEDIEN

Die methodische und mediale Konzeption verfolgt das Ziel einer hohen kognitiven Aktivierung aller Schülerinnen und Schüler, unterstützt durch den zielgerichteten Einsatz digitaler Medien.

Die konkreteren Themen zu den Daten, Fakten und Vorausberechnungen der demografischen Entwicklung werden im Projektunterricht bzw. mit Schaubildanalysen und Plenumsdiskussion schülerzentriert erarbeitet.

Der Zugang zu den eher theoretischen wissenschaftlichen Texten sollte durch einen motivierenden schüler-nahen Einstieg in die Unterrichtsstunde (z. B. „Was bedeutet Familie für Dich?“) erleichtert werden.

ARBEITSMATERIALIEN/AUFGABEN

TEXT: BEDEUTUNG DER BEVÖLKERUNG FÜR DIE WOHLSTANDESENTWICKLUNG EINES LANDES

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) verließen in den folgenden Jahren viele Menschen die DDR in Richtung Westen. Am 26. Mai 1952 beschloss der Ministerrat der DDR die Sicherung der Interzonengrenze durch die Einrichtung eines Schutzstreifens sowie eines 5-km-Sperrgebietes vor der Interzonengrenze zu Westdeutschland. Dadurch wurde eine Flucht in den Westen über diese Grenze sehr schwierig und gefährlich.

Wesentlich ungefährlicher dagegen war die Flucht in den Westen über Berlin. Die Kontrollen an den Sektorengrenzen in Berlin sowie an der Stadtgrenze hin zur DDR waren lückenhaft. Wer die DDR verlassen wollte, konnte sich in West-Berlin im Aufnahmelager Marienfelde melden und wurde von dort aus auf West-Berlin verteilt oder nach Westdeutschland ausgeflogen.

Zwischen 1949 und 1961 wanderten ungefähr drei Millionen Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik aus. Trotz eines Geburtenüberschusses von circa einer Million Menschen sank die Bevölkerung im Gebiet der DDR in diesem Zeitraum von rund 19 Millionen auf etwa 17 Millionen Menschen. Eine Trendumkehr war nicht in Sicht.

Aufgrund der hohen Zahl meist jüngerer und gut ausgebildeter Menschen, die die DDR verließen, befürchtete die politische Führung des Landes ein „Ausbluten“ der Bevölkerung und eine Gefahr für die wirtschaftliche Existenzfähigkeit ihres kommunistischen Staates. Daher entschloss sich die DDR-Regierung zu einer massiven Gegenmaßnahme: Am 13. August 1961 wurde die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin geschlossen und die Berliner Mauer errichtet. Ab diesem Zeitpunkt war der DDR-Bevölkerung die Reise in den Westen grundsätzlich verwehrt.

Bis zum Jahr 1989 war Deutschland durch eine streng gesicherte Grenze geteilt. Die Sicherung der Grenzbefestigungen, z. B. durch hohe Zäune mit Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Wachtürme mit Grenzpersonal, das den Auftrag hatte, Personen mit Waffengewalt an der Flucht zu hindern, machte den Versuch, die DDR zu verlassen, zu einem lebensgefährlichen Unterfangen. Mehrere Hundert Menschen bezahlten einen solchen Versuch mit ihrem Leben.

Rechercheaufträge:

1. Nennen Sie Gründe für die massenhafte Abwanderung aus der DDR in die Bundesrepublik.
2. Erläutern Sie am Beispiel der DDR mögliche Folgen für einen Staat, dessen erwerbstätige Bevölkerung in großer Zahl und in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum abwandert.
3. Nennen Sie zwei Staaten, die aktuell unter einer starken Abwanderung ihrer Bevölkerung leiden, und beschreiben Sie die jeweiligen Ursachen und Folgen.

Lösungshinweise zu den Rechercheaufträgen:

1. Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der DDR und mit durchgeführten Zwangsmaßnahmen wie z. B. der Kollektivierung der Landwirtschaft
Bessere berufliche Möglichkeiten im Westen, hoher Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in der Bundesrepublik, schnelle und meist problemlose berufliche Integration von DDR-Flüchtlingen in den westdeutschen Arbeitsmarkt aufgrund vieler offener Stellen („Wirtschaftswunder“)
Aussicht auf Teilhabe an dem Massenkonsum der westlichen Warenwelt aufgrund der Arbeitsplatzsicherheit und des höheren Lohnniveaus in Westdeutschland
2. Besonders viele Angestellte, Selbstständige und höher Gebildete, wie z. B. Ärzte und Ingenieure, kehrten dem Land den Rücken. Die DDR verlor in den 1950er-Jahren geschätzt etwa ein Drittel ihrer Akademiker. So stieg zum Beispiel die durchschnittliche Patientenzahl pro Arzt in der DDR trotz schrumpfender Bevölkerung bis 1961 auf 1.400 an. In der Bundesrepublik lag sie hingegen im selben Zeitraum bei 800 und sank dann weiter auf 600.
Auch in vielen anderen Berufen fehlten die ausgewanderten Fachkräfte. Dies belastete die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der DDR in erheblichem Maß.
Ein großer Teil der Auswanderer („Republikflüchtlinge“) war jünger als 25 Jahre. Diese soziale Ausdünnung durch Migration führte langfristig zu einer Überalterung der DDR-Bevölkerung.
Die Staatsführung gelangte schließlich zu der Ansicht, dass nur noch die „Einmauerung“ der eigenen Bevölkerung die wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenzfähigkeit des Staates sichern könne.

BILDUNGSÖKONOMISCHE ANALYSE
EINSTIEG: VERGLEICH DER ENTWICKLUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS (BIP) PRO KOPF

| LAND | BIP PRO KOPF 1960 | BIP PRO KOPF 2000 |
|----------|-------------------|-------------------|
| Peru | 255,62 USD | 1.210,01 USD |
| Südkorea | 158,24 USD | 11.947,58 USD |

Quelle: Weltbank , Lizenz CC By 4.0

TEXT: DIE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON BILDUNG

Autor: Prof. Dr. Ludger Wößmann, München, für bpb.de, 22.1.2015, Creative Commons Lizenz: „CC BY-NC-ND 3.0 DE – Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland“

John F. Kennedy hat gesagt: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Die aktuelle bildungsökonomische Forschung belegt, wie recht er hatte. Nichts ist für den langfristigen Wohlstand des Einzelnen wie ganzer Gesellschaften wichtiger als gute Bildung, und zwar sowohl für die Breite der Bevölkerung als auch für die Leistungsstärksten. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bildungspolitik?

Aus ökonomischer Sicht kann Bildung als Investition in das Wissen und die Fähigkeiten der Bevölkerung angesehen werden. Bildung stattet die Menschen mit den Fähigkeiten aus, die sie beim Ausführen ihrer Arbeitsaufgaben produktiver machen. Zudem vermittelt sie das Wissen und die Kompetenzen, die es den Menschen ermöglichen, neue Ideen zu entwickeln und anzuwenden, die wiederum Innovation und technologischen Fortschritt hervorbringen. In dem Ausmaß, wie Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen die individuelle Produktivität erhöhen, werden besser gebildete Menschen höhere Einkommen erzielen können und weniger von Arbeitslosigkeit bedroht sein. Auf Ebene der gesamten Volkswirtschaft kann Bildung das langfristige Wirtschaftswachstum beflügeln, indem sie die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht und indem sie hilft, Innovationen hervorzubringen und zu verbreiten, die technologischen Fortschritt mit sich bringen.

Neuere wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Bildungsleistungen der Bevölkerung, wie sie etwa als Kompetenzen in internationalen Schülertests gemessen werden, in der Tat der wohl wichtigste Bestimmungsfaktor für das langfristige volkswirtschaftliche Wachstum sind. Um dies zu untersuchen, haben wir die Ergebnisse der seit Mitte der 1960er-Jahre in vielen Ländern der Welt durchgeführten internationalen Schulleistungsstudien in Mathematik und Naturwissenschaften – quasi die PISA-Vorgängerstudien – zu einem Maß zusammengefasst, das die durchschnittlichen schulischen Leistungen der Bevölkerung dieser Länder abbilden soll. Anschließend haben wir berechnet, welchen Einfluss diese durchschnittlichen Schülerleistungen auf das Wirtschaftswachstum dieser Länder hatten.

Für die 50 Länder, für die neben den Schülerleistungsdaten auch international vergleichbare Wirtschaftsdaten vorliegen, ergibt sich das in der Abbildung dargestellte Bild: Je besser die Leistungen in den PISA-Vorgängertests, desto höher ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf seit 1960. Der eindeutige Zusammenhang ist frappierend: In Ländern mit hohen Kompetenzen ist die Wirtschaft schnell gewachsen, Länder mit niedrigen Kompetenzen sind kaum von der Stelle gekommen. Während etwa Singapur (SGP) als eines der Länder mit den besten Bildungsleistungen jährlich mit durchschnittlich über 6

Prozent gewachsen ist, lag die Wachstumsrate von Peru (PER) als einem der Länder mit den schlechtesten Bildungsleistungen bei unter 1 Prozent. Anders ausgedrückt: Die Einwohner Perus sind im Jahre 2000 durchschnittlich um etwa die Hälfte reicher als noch 1960; die Einwohner Singapurs hingegen sind über dreizehnmal so reich wie 1960!

Mit einem so einfachen Modell, das neben den Bildungsleistungen lediglich das Ausgangsniveau des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf einbezieht, lässt sich der Großteil der internationalen Unterschiede im langfristigen Wirtschaftswachstum erklären. Der Einfluss der Bildungsleistungen auf das Wirtschaftswachstum ist dabei ausgesprochen robust, er bleibt auch dann bestehen, wenn man weitere für das Wirtschaftswachstum wichtige Faktoren hinzunimmt wie Offenheit für internationalen Handel, Eigentumssicherheit, Lage in den Tropen, Fertilität oder Kapital.

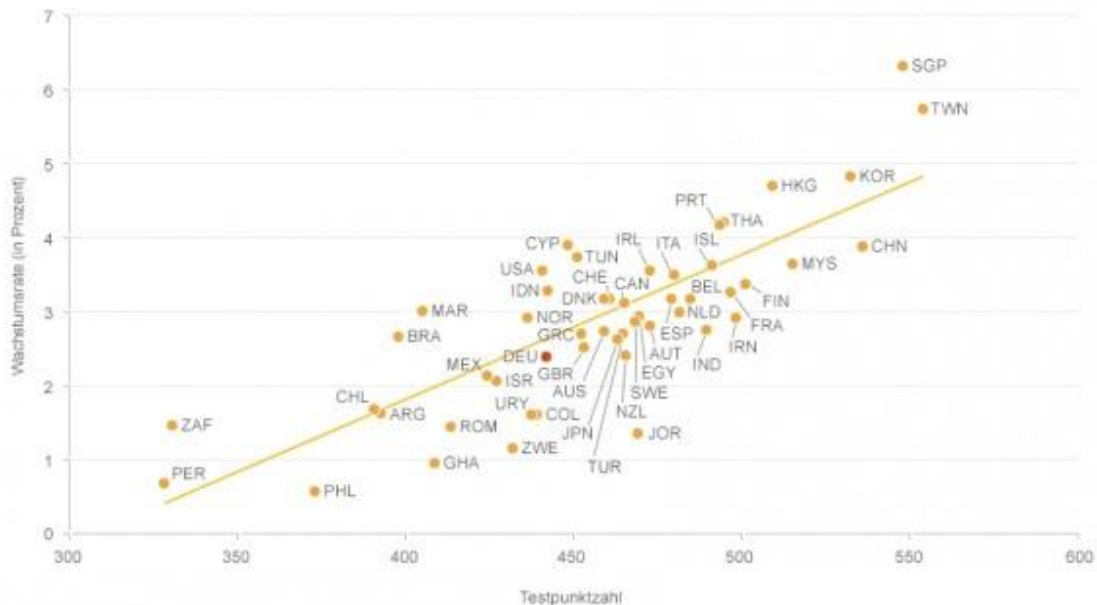
Sobald die Bildungsleistungen im Wachstumsmodell berücksichtigt werden, erweist sich darüber hinaus die bloße Anzahl der Bildungsjahre als bedeutungslos. Anders ausgedrückt: Bildung wirkt sich nur in dem Maße wirtschaftlich aus, wie sie auch tatsächlich höhere Kompetenzen vermittelt. Es reicht nicht, nur die Schul- oder Universitätsbank zu drücken; auf das Gelernte kommt es an.

Nun könnte der Zusammenhang ja prinzipiell auch umgekehrt sein: Länder mit starkem Wirtschaftswachstum können ihre Schulen besser ausstatten und erreichen deshalb höhere Bildungsleistungen. Oder nicht betrachtete dritte Faktoren wie kulturelle Unterschiede oder ökonomische Rahmenbedingungen könnten für den Zusammenhang verantwortlich sein, indem sie sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Bildungsleistungen verbessern. Die aktuelle Forschung belegt jedoch eindrucksvoll, dass es sich bei dem Zusammenhang um einen ursächlichen Effekt höherer Bildungsleistungen handelt.

Zusätzlich zeigt sich, dass sich sowohl eine gute Bildungsbasis in der Breite der Bevölkerung als auch eine genügend große Leistungsspitze wesentlich auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Insofern darf man niemals die Bildung in der Breite der Bevölkerung und die Leistung an der Spitze gegeneinander ausspielen: Es kommt auf beides an. Gute Bildungsleistungen – in der Breite wie an der Spitze – sind die Basis des langfristigen Wachstums und damit des wirtschaftlichen Wohlstands einer Gesellschaft.

Bildungsleistungen und langfristiges Wirtschaftswachstum (1960–2000)

■ Bildungsleistungen und langfristiges Wirtschaftswachstum



ARG=Argentinien, AUS=Australien, AUT=Österreich, BEL=Belgien, BRA=Brasilien, CAN=Kanada, CHE=Schweiz, CHL=Chile, CHN=China, COL=Kolumbien, CYP>Zypern, DEU=Deutschland, DNK=Dänemark, EGY=Ägypten, ESP=Spanien, FIN=Finnland, FRA=Frankreich, GBR=Großbritannien, GHA=Ghana, GRC=Griechenland, HKG=Hong Kong, IDN=Indonesien, IND=Indien, IRL=Irland, IRN=Iran, ISL=Island, ISR=Israel, ITA=Italien, JOR=Jordanien, JPN=Japan, KOR=Korea, MAR=Marokko, MEX=Mexiko, MYS=Malaysia, NLD=Niederlande, NOR=Norwegen, NZL=Neuseeland, PER=Peru, PHL=Philippinen, PRT=Portugal, ROM=Rumänien, SGP=Singapur, SWE=Schweden, THA=Thailand, TUN=Tunesien, TUR=Türkei, TWN=Taiwan, URY=Uruguay, USA=USA, ZAF=Südafrika, ZWE=Zimbabwe

Zusammenhang zwischen schulischen Leistungen (gemessen äquivalent zu PISA-Testpunkten) und realer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (1960 bis 2000) nach Herausrechnung weiterer Einflussfaktoren.

Quelle: Hanushek und Woßmann (2015)
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2015, www.bpb.de



Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/ (bpb)

Im Umkehrschluss heißt das: Unzureichende Bildungsleistungen kommen eine Gesellschaft teuer zu stehen. Berechnungen anhand des in der Abbildung gezeigten Zusammenhangs zwischen Bildungsleistungen und Wirtschaftswachstum kommen für Deutschland zu dem Ergebnis, dass sich langfristig (über den Lebenszeitraum eines heute geborenen Kindes gerechnet) über 13 Milliarden Euro an zusätzlichem Bruttoinlandsprodukt erzielen ließe, wenn die Bildungsleistungen auf das Niveau führender europäischer PISA-Länder wie Finnland gesteigert würden. Die Folgekosten unzureichender Bildung durch entgangenes Wirtschaftswachstum sind gewaltig.

Das gilt für Entwicklungsländer genauso wie für entwickelte Volkswirtschaften. So zeigt sich zum Beispiel, dass die außergewöhnlich schlechte Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas über das vergangene halbe Jahrhundert sich statistisch gesehen weitgehend auf eine unzulängliche Qualität ihrer Bildungssysteme zurückführen lässt. Zwar weisen viele lateinamerikanische Länder eine durchaus ansehnliche durchschnittliche Bildungsdauer ihrer Bevölkerung auf. Aber in internationalen Vergleichstests der tatsächlich erworbenen Kompetenzen schneiden die lateinamerikanischen Länder – wie auch Länder aus Subsahara-Afrika – sehr schlecht ab. Statistisch gesehen lassen sich damit ihre insgesamt niedrigen langfristigen Wachstumsraten seit 1960 vollständig erklären.

Wie die großen gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte besserer Bildung verdeutlichen, geht die bessere Bildung des einen nicht zulasten der wirtschaftlichen Chancen des anderen. Vorstellungen, eine gute

Bildung sei nichts mehr wert, wenn jeder sie hätte, sind völlig irrig. Sie basieren auf der falschen Vorstellung eines in seiner Größe feststehenden wirtschaftlichen Kuchens, den es zu verteilen gelte. Ganz im Gegenteil zeigen die Wachstumseffekte, dass die gesamte Volkswirtschaft von der besseren Bildung jedes Einzelnen profitiert. Die Fakten belegen, dass der Kuchen größer wird, wenn alle ein höheres Kompetenzniveau erreichen. Damit ist nicht nur für jeden besser Gebildeten mehr da, sondern gesellschaftlich steht etwa durch ein höheres Steueraufkommen und eine verringerte Zahl von Hilfsbedürftigen auch mehr für die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung. Kurzum: Weil die moderne Volkswirtschaft vor allem von den Fähigkeiten der Bevölkerung getragen wird, ist Bildung der Schlüsselfaktor für die zukünftige Entwicklung unseres Wohlstands.

Neben der Bedeutung für wirtschaftlichen Wohlstand lassen sich auch zahlreiche positive Effekte in wichtigen anderen Dimensionen belegen: Gute Bildung befähigt zu menschlich selbstverantwortlichem Handeln und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie kann zivilgesellschaftlich reguliertes Verhalten und staatsbürgerliches Bewusstsein fördern und zu einem gemeinsamen Wertekanon und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen. Darüber hinaus belegen zahlreiche Studien, dass bessere Bildung etwa mit gestärktem Gesundheitsbewusstsein, weniger Schwangerschaften bei Teenagern und sinkender Kriminalität einhergeht.

Mit der Schlüsselfunktion guter Bildung für den wirtschaftlichen Wohlstand stellt sich die Frage, wie die Politik die Bildungsleistungen der Bevölkerung effektiv steigern kann. Ein erster Forschungsbefund ist ernüchternd: Eine umfangreiche Literatur kommt nahezu einheitlich zu dem Ergebnis, dass bloße Verkleinerungen der Klassengrößen und sonstige zusätzliche Ausgaben bei gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen die Schülerleistungen kaum verbessern. So besteht im internationalen Vergleich keinerlei Zusammenhang zwischen dem Ausgabenniveau und den gemessenen Schülerleistungen: Die besten Länder geben nicht systematisch mehr aus. Beispielsweise gibt Finnland nicht mehr pro Schüler aus als Spanien oder Italien, schneidet in den Leistungsvergleichen aber wesentlich besser ab. Es fehlt nicht in erster Linie am Geld – es muss vor allem effektiv eingesetzt werden.

Zum einen geht es hier um die Verteilung der Mittel über die Bildungsstufen von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Dabei ergibt sich das stilisierte Bild eines Lebenszyklus der Bildungsfinanzierung: Die wirtschaftlichen Erträge von Bildungsinvestitionen etwa in Form zukünftiger Erwerbseinkommen sinken tendenziell mit zunehmendem Alter. Das liegt vor allem daran, dass Bildung ein dynamischer Prozess ist, in dem früh erlernte Fähigkeiten späteres Lernen erleichtern. Die höchsten Erträge öffentlicher Investitionen liegen im Bereich der frühkindlichen Bildung für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten, da gerade hier nicht automatisch davon ausgegangen werden kann, dass die Kinder zu Hause ein bildungsanregendes Umfeld erfahren. (...)

Alles in allem ist gute Bildung der zentrale Faktor für individuellen wie gesellschaftlichen Wohlstand. Wirtschaftliches Wachstum, Erwerbstätigkeit, zufriedenstellendes Einkommen und Armutsverhinderung – und damit die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft – stehen und fallen mit dem Wissen und den Kompetenzen der Bevölkerung. Die volkswirtschaftliche Dimension von Bildung zu ignorieren würde deshalb den Wohlstand zukünftiger Generationen gefährden. Darum ist eine Bildungspolitik, die sicherstellt, dass alle Menschen die bestmöglichen Kompetenzen erreichen können, die beste Sozial- und Wirtschaftspolitik.

AUFGABEN ZUM TEXT

1. Beschreiben Sie den Zusammenhang zwischen den Bildungsleistungen und dem langfristigen Wirtschaftswachstum in einem Land.
2. Erläutern Sie die Folgen unzureichender Bildungsleistungen für die Wohlstandsentwicklung eines Landes.
3. Erklären Sie, warum gute Bildungsleistungen nicht nur in der Breite der Bevölkerung anzustreben sind, sondern sich auch eine ausreichend große Leistungsspitze mit herausragenden Bildungsleistungen herausbilden sollte.
4. Die bildungsökonomischen Analysen haben im internationalen Vergleich keinen Zusammenhang festgestellt zwischen der Höhe der Bildungsausgaben, der Anzahl der Bildungsjahre und den gemessenen Schülerleistungen.

Diskutieren Sie mögliche Gründe und entwickeln Sie selbstständig Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Schülerleistungen bei gleichen Bildungsausgaben und -jahren.

RECHERCHEAUFRÄGE (ALS HAUSAUFGABE):

1. Geben Sie die Ergebnisse der aktuellen TIMSS-Studie sowie der aktuellen PISA-Studie im Überblick wieder und arbeiten Sie Ursachen für die festgestellten Unterschiede bei den Schülerleistungen heraus.
2. Analysieren Sie mögliche Zusammenhänge zwischen den international unterschiedlichen Schülerleistungen und der volkswirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Länder.

LÖSUNGSHINWEISE ZU DEN AUFGABEN:

1. Je besser die Schülerleistungen in den Bildungstests sind, desto höher ist das langfristige Wirtschaftswachstum. Länder, deren Schüler nur schwache Testleistungen erbrachten, sind in 40 Jahren nur etwa um die Hälfte gewachsen. Andere Länder hingegen, deren Schüler Spitzenleistungen in den Tests erbrachten, sind im gleichen Zeitraum um das Dreizehnfache gewachsen.
2. Unzureichende Bildungsleistungen kommen eine Gesellschaft teuer zu stehen. Laut Berechnungen ließe sich langfristig ein zusätzliches Bruttoinlandprodukt in Höhe vieler Billionen Euro erzielen, wenn die Bildungsleistungen auf das Niveau führender PISA-Länder gesteigert würden. Die Folgekosten unzureichender Bildung durch entgangenes Wirtschaftswachstum sind gewaltig.
3. Moderne Volkswirtschaften mit hohen Löhnen und entsprechend hohem Lebensstandard benötigen zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit eine ausreichend große Leistungsspitze in den Bereichen Bildung und Forschung. Nur auf diese Weise können in Hochlohnländern die Qualitätsvorsprünge bei den Gütern und Dienstleistungen infolge der höheren unternehmerischen Innovationsfähigkeit und damit der ökonomische Wohlstand gesichert werden.
4. Offensichtlich ist nicht entscheidend, wie lange die Schule besucht wird und welche Ausgaben in diesem Zusammenhang getätigt werden, sondern wie viel in der Schulzeit an relevanten Wissensinhalten gelernt wird. Mögliche Gründe könnten sein:
 - auf Schülerseite: z. B. Fleiß, hohe Lern- und Leistungsbereitschaft, Lernwille und Durchhaltevermögen, hohe Begabungen auf breiter Ebene;

- auf Lehrerseite: z. B. effektive Lehrmethoden, optimale Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit, hohe fachliche und methodische Kompetenz, hohes Engagement;
- auf bildungspolitischer Ebene: z. B. Ausweitung und Verbesserung der frühkindlichen Bildung für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten zur Kompensation eines wenig bildungsanregenden Umfeldes, zielführende Lehrerausbildung, effektives Bildungscontrolling.

TEXTAUSZUG AUS: FAMILIEN UND FAMILIENPOLITIK IM GEEINTEN DEUTSCHLAND – ZUKUNFT DES HUMANVERMÖGENS (FÜNFTER FAMILIENBERICHT)

KAPITEL I.4. FAMILIE UND HUMANVERMÖGEN (SEITE 26–28)

In vielfältigen Formen übernimmt die Familie zentrale Aufgaben der privaten und gesellschaftlichen Daseinsfürsorge. Sowohl in der individuellen als auch in der gesamtwirtschaftlichen Sicht rückt dabei die Bereitschaft zur Elternschaft und zur Übernahme von Familienpflichten, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für die Sicherung der Versorgung, der Pflege, Erziehung und Ausbildung von Menschen, die in einem Familien- und Haushaltverbund leben, ins Zentrum der Bewertung ihrer Leistung. (...)

Familie entfaltet sich in einem Prozess, der hohes personales Engagement auf Dauer erfordert, in einem Prozess der permanenten Umwidmung persönlicher Zeit und persönlicher Verfügungsgewalt über Ressourcen im Hinblick auf andere. In solchen familialen Beziehungen bilden sich die Persönlichkeitsmerkmale von Menschen in ihrer je individuellen Prägung aus. Dort vollzieht sich das Heranreifen von Kindern als „Aufbau der sozial-kulturellen Person“ in Phasen des Erlebens, des Erlernens und des Sich-Aneignens von Handlungspotenzialen, im Erwerb der Fähigkeit, sich selbst in komplexe Felder sozialer Beziehungen einzuordnen und mit diesen gestaltend umzugehen. Die Familienberichtscommission bezeichnet derartige Fähigkeiten als Daseinskompetenzen. Damit soll ein Unterschied zu den im Rahmen unserer herkömmlichen Ausbildungsvorstellungen vorherrschenden Fachkompetenzen gemacht werden: Fachkompetenzen sind für die Erfüllung bestimmter, in der Regel beruflicher Aufgaben erforderlich, Daseinskompetenzen dagegen betreffen die Lebensführung als Ganzes, die Auseinandersetzung mit den gegebenen Lebensverhältnissen unter dem Gesichtspunkt ihrer produktiven Nutzung zur Erfüllung eigener Lebensvorstellungen, zu denen in der Regel auch das Gründen einer eigenen Familie gehört.

In familialen Austauschprozessen erfahren junge Menschen zuerst, was Menschsein bedeutet, und lernen, sich im Wechselspiel mit anderen Menschen zu behaupten. Lange sind sie zunächst nahezu ausschließlich auf die Zuwendung und Hilfe anderer angewiesen. In dem Maße, in dem sie selbst zum kooperativen Partner des familialen Zusammenhangs werden, bauen sie Verhaltenssicherheit durch den Erwerb von Werthaltungen und Handlungsorientierungen auf. So werden in der Familie die Grundlagen seelischer und physischer Gesundheit gelegt und die Voraussetzungen der Persönlichkeitsentwicklung geschaffen. Im „inneren Milieu“ ihrer Familie suchen und finden auch in fortgeschrittenem Lebensalter Kranke und Behinderte ebenso wie Gesunde Schutz, Hilfe und Geborgenheit, wie sie aus Wertstrukturen erwachsen, die im Zeichen der Humanität, der Verantwortlichkeit für andere, der Elternliebe, der wechselseitigen Achtung und zwischenmenschlichen Solidarität stehen. Familie fordert von allen ihren Mitgliedern, insbesondere von Müttern und Vätern, grundsätzlich eine Fülle von Leistungen, die als nahezu selbstverständlich gelten. Diese Selbstverständlichkeit hat wesentlich dazu beigetragen, dass all diese Leistungen

als „Privatangelegenheit von Familien“ betrachtet wurden und nicht als Aktivitäten von hohem gesellschaftlichem Rang. Was diese Leistungen bedeuten, wird erst dort sichtbar, wo sie nicht gelingen oder nicht mehr erbracht werden. Erst allmählich tritt die Erkenntnis ins Bewusstsein der Öffentlichkeit, dass Familientätigkeit, Elternschaft und deren zwischenmenschliche sowie gesellschaftliche Anerkennung entscheidend zur Schaffung und Erhaltung jenes geistigen und humanen Vermögens beitragen, welches die Überlebensfähigkeit und Kultur einer Gesellschaft sichern. Ohne einen tragfähigen Unterbau an humanem und geistigem Vermögen wird nicht nur die Hoffnung auf Wohlstandssteigerungen, ja selbst die Wohlstandsbewahrung durch ein effizientes Wirtschaftssystem zu einer Illusion; ohne diese Basis an Humanvermögen unterbleibt auch jegliche Übertragung kultureller und moralischer Werte.

Viele Jahrhunderte lang bis hin zur Neuzeit war Arbeit ein Begriff, der alle Tätigkeiten zur Daseinsvorsorge im Lebenszusammenhang von Frauen, Männern und Kindern in gleicher Weise bezeichnete. Im Horizont des modernen Verfassungsstaates und der Industrialisierung setzte jedoch eine Entwicklung ein, die immer deutlicher allein die außerhäusliche, „berufsmäßig“ ausgeübte, zeitlich geregelte und geldlich entlohnte (Erwerbs-)Arbeit zum Maßstab (oder zur Leitidee) von Arbeit erhob. Die „Wirtschaft“ trennte sich von der Institution des „Hauses“ und organisierte sich in selbstständigen produktionsorientierten Einheiten: in „Fabriken“ und anderen Unternehmen mannigfaltiger Prägung. Der „gesellschaftliche“ Wert dieser Form von Arbeit ließ sich nunmehr leicht über Marktpreise erfassen.

Den gesellschaftlichen Wert von Arbeit in den privaten Haushalten zu erfassen, erschien als ungleich schwieriger. Dass jene Leistungen nahezu selbstverständlich – ohne besondere Einkommensanreize – erbracht wurden, ließ den Eindruck aufkommen, sie erfolgten kostenlos. So ergab sich eine groteske Entwicklung: Alle Aufwendungen für die nachwachsende Generation, die Erhaltung der Schaffenskraft der produzierenden Generation und die häusliche Pflege von Kranken und Behinderten verloren das Prädikat, Arbeit zu sein. Alle Leistungen zur Förderung der produktiven Kräfte einer Gesellschaft schienen unter diesem Aspekt mangelnder unmittelbarer Messbarkeit zur „Wertlosigkeit“ zu entarten.

Im Zeichen einer Dominanz erwerbswirtschaftlichen Denkens in einer Industriegesellschaft ist es notwendig, ständig an eine grundlegende Tatsache zu erinnern: Im Lebenszyklus geht die familiäre und schulische Sozialisation stets der Erwerbstätigkeit voraus. Nur mit dem Sozialisationserfolg von Familie und Schule wird effiziente Wirtschaft möglich. Während die Schulbildung vor allem spezifisches Wissen und charakteristische Fähigkeiten vermittelt, die im späteren Berufsleben benötigt werden, hängt von der Familie die moralische und emotionale Orientierung und die für die Schule insbesondere bedeutungsvolle Lern- und Leistungsbereitschaft ab. Diese moralische und emotionale Orientierung und Leistungsbereitschaft von Familien ist insbesondere in Zeiten gefordert, die im Zeichen der familialen Pflege und Fürsorge für Bedürftige stehen.

Es ist heute allgemein anerkannt, dass die Produktivität einer Volkswirtschaft in hohem Umfang von der Qualität des Arbeitsvermögens der Produzierenden abhängig ist, deren Gewicht allerdings meist in verkürzender Weise nur über die formalen Bildungsaufwendungen erfasst wird. So sind z. B. Arbeitsmotivation, Vertrauensbereitschaft oder Zuverlässigkeit keineswegs allein von der erworbenen Bildung abhängig, sondern gleichfalls von der Stabilität der familialen Verhältnisse. Ebenso sind der Gesundheitszustand und die aktuelle Leistungsfähigkeit bzw. das Ausmaß der krankheitsbedingten Absenzen in erheblichem Maße von der Lebensführung abhängig, die ihrerseits eng mit den familialen Verhältnissen ver-

flochten ist. So lässt sich behaupten, dass die gesellschaftliche Sorge um die Stabilisierung der Institution Familie nicht unabhängig von der Frage zu sehen ist, welche Voraussetzungen für die Schaffung einer effizienten Arbeitswelt erfüllt sein müssen.

Aber nicht nur für die Wirtschaft ist die Leistung der Familie von Bedeutung. Auch das demokratische Gemeinwesen ist auf motivierte, partizipations- und solidaritätsbereite Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Desgleichen gilt für die Kirchen, da die von ihnen vertretenen Glaubensüberzeugungen ohne die Mitwirkung der Eltern kaum auf die nächste Generation übertragen werden können. Im Bereich des Gesundheitswesens wird mehr und mehr sichtbar, welche Bedeutung der Familie für die Volksgesundheit zukommt. Alle Gesellschaftsbereiche profitieren von den Leistungen der Familie. Dennoch gewährt die Gesellschaft den Menschen, die familiäre Verantwortung übernehmen, keine entsprechende Anerkennung. Sie verhält sich indifferent gegenüber dem Umstand, ob junge Menschen Elternverantwortung übernehmen, jüngere und ältere die Pflege der Ältesten – oder nicht. Dieser Sachverhalt lässt sich als „strukturelle Rücksichtslosigkeit moderner Gesellschaften gegenüber der Familie“ kennzeichnen.

Zur zusammenfassenden Kennzeichnung der Leistungen, welche Familien für andere Gesellschaftsbereiche erbringen, bietet sich der Begriff des Humanvermögens an. Die Anforderungen, die die moderne Gesellschaft an das Wissen, an die Verlässlichkeit, an die Effizienz und Kreativität des Handelns ihrer Menschen stellt, sind in erster Linie Ansprüche an die Qualität der Bildung und Erhaltung des Humanvermögens in den Familien. Die Bildung von Humanvermögen umfasst vor allem die Vermittlung von Befähigungen zur Bewältigung des Alltagslebens, das heißt: den Aufbau von Handlungsorientierungen und Werthaltungen in der Welt zwischenmenschlicher Beziehungen. Gefordert ist sowohl der Aufbau sozialer Daseinskompetenz (Vitalvermögen) als auch die Vermittlung von Befähigungen zur Lösung qualifizierter gesellschaftlicher Aufgaben in einer arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft, der Aufbau von Fachkompetenz (Arbeitsvermögen im weiten Sinne).

Der Begriff des Humanvermögens bezeichnet zum einen die Gesamtheit der Kompetenzen aller Mitglieder einer Gesellschaft, von jungen und alten Menschen, von Kindern, Eltern und Großeltern, von Kranken, Behinderten und Gesunden. Zum anderen soll mit diesem Begriff in einer individualisierenden, personalen Wendung das Handlungspotenzial des Einzelnen umschrieben werden, d. h. all das, was ihn befähigt, sich in unserer komplexen Welt zu bewegen und sie zu akzeptieren. In diesem Zusammenhang spielt auch die Fähigkeit zum Eingehen verlässlicher Bindungen und damit die Möglichkeit, Familie leben zu können, eine zentrale Rolle. Schließlich verknüpfen sich in der Familie die Lebenspotenziale aller Gesellschaftsmitglieder. Die Familie ist der bevorzugte Ort der Entstehung und Erhaltung von Humanvermögen.

AUFGABEN ZU „FAMILIE UND HUMANVERMÖGEN“, AUSZUG AUS DEM FÜNFTEN FAMILIENBERICHT

1. Arbeiten Sie die Leistungen der Familie für (1) die in einer Familie aufwachsenden Kinder, (2) ihre weiteren Mitglieder sowie (3) für die Gesellschaft und deren ökonomische Basis heraus.
2. Beschreiben Sie den Wandel in der Bewertung von außerhäuslicher und häuslicher Arbeit.
3. Begründen Sie die Aussage, dass sich moderne Gesellschaften gegenüber der Familie strukturell rücksichtslos verhalten würden.
4. Erklären Sie den Begriff „Humanvermögen“.

LÖSUNGSHINWEISE ZU DEN AUFGABEN:

1. (1) In Familien werden Zeit und Ressourcen aufgewendet, um den in den Familien aufwachsenden Kindern zu ermöglichen, ihre individuellen Persönlichkeitsmerkmale und Handlungspotenziale („Daseinskompetenzen“) auszubilden. Aufwachsende Kinder können in Familien Werthaltungen, Handlungsorientierungen und darauf aufbauend Verhaltenssicherheit erwerben. Auf diese Weise werden die Grundlagen seelischer und physischer Gesundheit gelegt sowie die Voraussetzungen der Persönlichkeitsentwicklung geschaffen.
(2) Aufgrund der in den Familien gelebten Werte und Haltungen, wie z. B. Verantwortlichkeit für andere, Elternliebe, Mitmenschlichkeit, wechselseitige Achtung, zwischenmenschliche Solidarität, bieten sie ihren Mitgliedern im Bedarfsfall Schutz, Hilfe und Geborgenheit.
(3) Familien tragen entscheidend zur Übertragung kultureller und moralischer Werte bei. Dadurch wird jenes geistige und humane Vermögen geschaffen und erhalten, welches die Überlebensfähigkeit und Kultur einer Gesellschaft sichert. Familien schaffen so auch die Grundlage für die Wohlstandsbewahrung in einer Volkswirtschaft durch ein effizientes Wirtschaftssystem.
2. Arbeit war bis hin zur Neuzeit ein Begriff, der alle Tätigkeiten zur Daseinsvorsorge in gleicher Weise bezeichnete. Außerhäusliche und häusliche Arbeit wurden als gleichwertig angesehen. Mit der zunehmenden Industrialisierung wurde allein die außerhäusliche, berufsmäßig ausgeübte Erwerbstätigkeit zum Maßstab von Arbeit. Mithilfe der geldlichen Entlohnung für diese Arbeit ließ sich ihr Wert leicht über die gezahlten Marktpreise erfassen. Den Wert der Arbeit in den privaten Haushalten zu erfassen, erschien als ungleich schwieriger, zumal jene Leistungen ohne besondere Einkommensanreize erbracht wurden. Es entstand der Eindruck, sie erfolgten kostenlos. Alle Aufwendungen für die nachwachsende Generation, die Erhaltung der Schaffenskraft der produzierenden Generation und die häusliche Pflege von Kranken und Behinderten verloren das Prädikat, Arbeit zu sein. Sie waren nicht unmittelbar messbar und daher auf den ersten Blick wertlos. Bereits Friedrich List kritisierte 1841: „Wer Schweine erzieht, ist ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft.“
3. Familien erbringen für Wirtschaft und Gesellschaft grundlegende Leistungen von herausragender Bedeutung. So ist eine effiziente Wirtschaft nur auf Basis des Sozialisierungserfolgs von Familie und Schule möglich. Die Produktivität einer Volkswirtschaft ist in hohem Umfang von der Qualität des Arbeitsvermögens der Produzierenden abhängig. Ebenso sind der Gesundheitszustand und die aktuelle Leistungsfähigkeit bzw. das Ausmaß der krankheitsbedingten Absenzen in erheblichem Maße von der Lebensführung abhängig, die ihrerseits eng mit den familialen Verhältnissen verflochten ist. Außer der Wirtschaft sind auch das demokratische Gemeinwesen oder die Kirchen auf motivierte, partizipations- und solidaritätsbereite Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Alle Gesellschaftsbereiche profitieren von den Leistungen der Familie. Dennoch gewährt die Gesellschaft den Menschen, die familiale Verantwortung übernehmen, keine entsprechende Anerkennung. Sie verhält sich indifferent gegenüber dem Umstand, ob junge Menschen Elternverantwortung übernehmen, jüngere und ältere die Pflege der Ältesten – oder nicht. Dieser Sachverhalt lässt sich als „strukturelle Rücksichtslosigkeit moderner Gesellschaften gegenüber der

Familie“ kennzeichnen. Den Mitgliedern der Gesellschaft kommen strukturell ökonomische Vorteile in dem Umfang zu, wie sie ihre Kompetenzen in den Dienst der arbeitsteiligen Wirtschaft stellen, welche ihrerseits die Familienleistungen als für sie kostenlose positive Externalität ausnutzt.

4. Der Begriff des Humanvermögens bezeichnet zum einen die Gesamtheit der Kompetenzen aller Mitglieder einer Gesellschaft, zum anderen umschreibt dieser Begriff das Handlungspotenzial des Einzelnen, d. h. all das, was ihn befähigt, sich in unserer komplexen Welt zu bewegen und sie zu akzeptieren. Hierbei geht es insbesondere um den Aufbau sozialer Daseinskompetenz (Vitalvermögen) und Fachkompetenz (Arbeitsvermögen im weiten Sinne).

Die Familie ist der bevorzugte Ort der Entstehung und Erhaltung von Humanvermögen. Der Begriff Humanvermögen kennzeichnet daher auch zusammenfassend die Leistungen, welche Familien für andere Gesellschaftsbereiche erbringen.

BEVÖLKERUNGSVORAUSRECHNUNGEN DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES

1. Interpretieren Sie die in der Anlage angegebenen Schaubilder zur 14. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung.
2. Diskutieren Sie mögliche Folgen aus den in den Schaubildern dargestellten Ergebnissen.

Die zu interpretierenden fünf Schaubilder sind entnommen aus: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S. 20, 24, 25, 26, 28.

Zusatzinformation: Die Schaubilder sind in der Datei „Arbeitsblätter“ abgebildet.

3.2 Digitale Ökonomie (BPE 2)

VERLAUFSPLAN/STOFFVERTEILUNG

VERLAUFSPLAN: BPE 2.3.1 ARBEITSBLATT 1 – MERKMALE SMARTER PRODUKTE

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLER-VERHALTEN |
|-------|---|--|---|
| 13 | Einstieg: Anhand einer Fallsituation wird der Zugang der Schülerinnen und Schüler zu smarten Produkten hergestellt. Die Definition eines smarten Produkts wird im Schüler-Lehrer-Gespräch gemeinsam entwickelt. Die Schülerinnen und Schüler notieren die erarbeitete Definition eines smarten Produkts. | - Fallbeispiel – Schüler-Lehrer-Gespräch - Arbeitsblatt 2.3.1 | |
| 7 | Gruppenbildung: Gruppenbildung zu Gruppen von je drei Schülerinnen und Schülern zur Erstellung eines Placemats zu einem smarten Produkt nach Wahl der Gruppe. | - Tafel zur Gruppenbildung | Die Schülerinnen und Schüler bilden interessen geleitete Gruppen, um die Vorkenntnisse gemeinsam mit anderen Mitschülerinnen und Mitschülern zu untersuchen und einen persönlichen Zugang zu smarten Produkten zu erhalten. |
| 45 | Erarbeitungsphase: Worin unterscheidet sich das smarte Produkt vom ursprünglichen Produkt? Die Schülerinnen und Schüler teilen die Themenbereiche physische Komponente (Grundnutzen), intelligente Komponente (Zusatznutzen) und Vernetzungskomponente (Kommunikation) untereinander auf und erarbeiten diese Komponenten für das jeweilige Produkt auf Basis der vorgegebenen Definition im Placemat einzeln. | - Arbeitsblatt 2.3.1 samt Placemat - Evtl. Tablets/Laptops/Computerraum, um im Internet über die gewählten smarten Produkte weitere beziehungsweise fehlende notwendige Informationen zu erhalten | Die Schülerinnen und Schüler werden mithilfe des selbst gewählten Fallbeispiels für das Thema sensibilisiert und können den Begriff des smarten Produkts und dessen Zusatznutzen in konkreten Fällen im Vergleich zum originären Vorgängerprodukt erklären. |
| 25 | Präsentation der Ergebnisse im Plenum samt Konsolidierung: Die Arbeitsgruppen präsentieren jeweils das Arbeitsergebnis in Bezug auf das selbst gewählte smarte Produkt. Die Darstellung des Zusatznutzens des smarten Produkts sollte hierbei ersichtlich werden. Abschließend kann die Lehrkraft die Schülerinnen und Schüler drei Produkte wählen lassen, mit denen die Unterrichtseinheit fortgesetzt wird oder selbst drei smarte Produkte für den weiteren Unterrichtsverlauf vorgeben. | - erarbeitetes Placemat - Dokumentenkamera oder Tafel samt Magneten | |

VERLAUFSPLAN: BPE 2.3.2 ARBEITSBLATT 2 – BEDEUTUNG VON SMARTEN PRODUKTEN IM ALLTAG

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLER-VERHALTEN |
|-------|--|---|---|
| 7 | Einstieg: Aufbauend auf der Vorstruktur „Merkmale smarter Produkte“ sollen die möglichen Veränderun- | - Fallbeispiel - Schüler-Lehrer-Gespräch | |

| | | | |
|----|--|---|---|
| | gen des Alltags durch die Nutzung von smarten Produkten durch die Schülerinnen und Schüler analysiert werden. | - Arbeitsblatt 2.3.2 | |
| 20 | Erarbeitungsphase: Die Schülerinnen und Schüler überlegen sich gemeinsam zu einem der selbst gewählten smarten Produkte oder zu einem von der Lehrkraft vorgegebenem smarten Produkt, inwiefern dieses smarte Produkt den Alltag nach erarbeiteter Definition verändern wird und kann oder dies bereits getan hat. Dabei soll die Mindmap oder das Strukturblatt mindestens folgende Handlungsstränge aufweisen: „Wandel der Lebensgewohnheit“, „Chancen und Risiken“ sowie „Wandel der Bedeutung des Produkts für den Konsumenten an sich“. | - Mindmap oder Strukturblatt leer/App zur Mindmap-erstellung/Textverarbeitungsprogramm - Evtl. Tablets /Laptops/PC-Raum zu Erstellung einer digitalen Mindmap oder Strukturblatts | Die Schülerinnen und Schüler werden in die Lage versetzt, Situationsänderungen zu analysieren und auch neue Fragestellungen außerhalb des eigenen Horizonts mit in die Analyse einzubeziehen. |
| 18 | Präsentationsphase: Die Arbeitsgruppen präsentieren jeweils das Arbeitsergebnis zur Fragestellung. Die Veränderung des Alltags ist dabei die Basis für die Folgestunde in Bezug auf die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle durch den Anbieter des smarten Produkts. | - Arbeitsergebnis als Mindmap oder Strukturblatt - Dokumentenkamera oder Tablet mit Beamer oder Tafel samt Magneten | Die Schülerinnen und Schüler erlernen erarbeitete Erkenntnisse im Rahmen einer geführten Diskussion als Argumente einzubringen. |

VERLAUFSPLAN: BPE 2.3.2 ARBEITSBLATT 3 – ENTWICKLUNG NEUER GESCHÄFTSMODELLE SAMT
ABSCHLUSSDISKUSSION

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLER-VERHALTEN |
|-------|--|---|--|
| 5 | Einstieg: Anhand einer Fallsituation wird der Zugang der Schülerinnen und Schüler zum Geschäftsmodell des smarten Produkts hergestellt. Die Lehrkraft sollte in der Anmoderation den Unterschied zwischen Nutzern und Kunden bei Geschäftsmodellen abgrenzen. | - Fallbeispiel - Schüler-Lehrer-Gespräch | |
| 15 | Erarbeitungsphase I: Erläuterung des Arbeitsauftrags 1 durch die Lehrkraft sowie kurze Erarbeitung der Fragestellungen durch die Schülerinnen und Schüler. Hierbei soll auf Chancen und Risiken für Unternehmen, die Gesellschaft als auch für die Arbeitnehmer selbst eingegangen werden. | - Informationstext auf Arbeitsblatt 2.3.3 - Einzelarbeit | Die Schülerinnen und Schüler können den Unterschied zwischen evolutionären und revolutionären Geschäftsmodellen und deren Auswirkung für Unternehmen, Gesellschaft und einzelne Arbeitnehmer unterscheiden. |
| 15 | Konsolidierungsphase I: Die Lehrkraft bespricht im Anschluss mit den Schülerinnen und Schülern deren Arbeitsergebnis. | - Schüler-Lehrer-Gespräch Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler auf Arbeitsblatt 2.3.3 | |
| 25 | Erarbeitungsphase II: Vervollständigung der Tabelle durch die Schülerinnen und Schüler zu den vorgegebenen Themen der Tabelle. | - erarbeitete Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler aus der gesamten Einheit | Die Schülerinnen und Schüler werden in die Lage versetzt, die unterschiedlichen Rollen von Nutzern, Kunden und Dienstleistungserbringern im Rahmen von digitalen Geschäftsmodellen bei smarten Produkten zu unterscheiden. |

| | | | |
|----|---|--|---|
| 30 | Konsolidierungsphase II samt Abschlussdiskussion zur Einheit 2.3 smarte Produkte: Im Rahmen einer Abschlussdiskussion sollen die gesamten Arbeitsergebnisse der Unterrichtseinheit nochmals reflektiert werden. | - moderierte Abschlussdiskussion - erarbeitete Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler aus der gesamten Einheit | Die Schülerinnen und Schüler erlernen das eigene Verhalten bzw. eigenes zukünftiges Verhalten als Konsument besser zu reflektieren. |
|----|---|--|---|

VERLAUFSPLAN: BPE 2.4.1 GRUNDIDEE SHARING ECONOMY

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLER-VERHALTEN |
|-------|--|--|--|
| 7 | Einstieg: Anhand einer Fallsituation wird die grundsätzliche Idee „Sharing Economy“ erarbeitet. | Fallbeispiel Lehrer-Schüler Gespräch | Die Schülerinnen und Schüler können anhand des Vorwissens eine Definition für „Sharing Economy“ erarbeiten und hierbei ihre persönlichen Erfahrungen zum Thema einbringen. |
| 35 | Erarbeitung der Grundidee der „Sharing Economy“: Die Schülerinnen und Schüler sammeln Gedanken zur Sharing Economy. Die Sammlung kann sowohl in Einzelarbeit, in Gruppenarbeit oder im Plenum erstellt werden. Hier soll zunächst die Weite des Themas eröffnet werden. Durch die Arbeit am PC/Tablet können die Schülerinnen und Schüler gleichzeitig nach Anbietern suchen und diese Ergebnisse ergänzen. | Arbeitsblatt 2.4.1 siehe Datei „Arbeitsblätter“ S. 16 Ideensammlung und Strukturierung Metaplankärtchen oder Tablet/PC | Die Schülerinnen und Schüler können ein Cluster erstellen, in welchem das Vorwissen strukturiert und die Weite des Themas dargestellt wird. |
| 10 | Voraussetzungen für die Sharing Economy: Im Lehrer-Schüler-Gespräch wird erarbeitet, unter welchen Voraussetzungen die Sharing Economy ihre ökonomische Bedeutung erlangen konnte. | Lehrer-Schüler-Gespräch | Die Schülerinnen und Schüler können die Voraussetzungen, die für die Entwicklung der Sharing Economy maßgeblich sind, im Lehrer-Schüler-Gespräch erkennen. |
| 30 | Erarbeitung der Vor- und Nachteile: Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten die Vor- und Nachteile der Sharing Economy für den Einstiegsfall sowie für die gesamte Wirtschaft und fassen die Ergebnisse in einer geeigneten Tabelle zusammen. | Plenum | Die Schülerinnen und Schüler können Sharing Economy, mithilfe der Erarbeitung von Vor- und Nachteilen, beurteilen. |
| 8 | Konsolidierung: Die Schülerinnen und Schüler fassen die Lernergebnisse in einem persönlichen Kurzkomentar zusammen und positionieren sich zum Thema. | Kurzkomentar | Die Schülerinnen und Schüler können eine persönliche Stellung zum Thema formulieren. |

VERLAUFSPLAN: 2.4.2 PEER-TO-PEER SHARING

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLER-VERHALTEN |
|-------|--|----------------------------|---|
| 20 | Einstieg: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit Möglichkeiten des Peer-to-Peer Sharing auseinander. Hierfür sollen die Schülerinnen und Schüler zunächst in Einzelarbeit die Fälle beurteilen. In einer anschließenden Diskussion werden die Ergebnisse im Plenum diskutiert. | Fallbeispiele/Arbeitsblatt | Die Schülerinnen und Schüler werden mithilfe der Fallbeispiele für das Peer-to-Peer-Sharing-Modell sensibilisiert und können mögliche Probleme anhand der Fallbeispiele erkennen. |

| | | | |
|----|---|--|--|
| 50 | Erarbeitung der Varianten von Peer-to-Peer-Sharing-Modellen: In einer arbeitsteiligen Gruppenarbeit sollen die Schülerinnen und Schüler die Varianten der Peer-to-Peer-Sharing-Modelle jeweils anhand von einem Beispielunternehmen erarbeiten. Bei großen Klassen kann jede Gruppe doppelt besetzt werden und an zwei unterschiedlichen Beispielen arbeiten. Für schwache Klassen kann sich eine arbeitsgleiche Kontrollgruppe anbieten. | Arbeitsteilige Gruppenarbeit mit Rechercheauftrag Computerraum oder Tablets mit Internetzugang | Die Schülerinnen und Schüler können die Folgen der Peer-to-Peer-Sharing-Modelle anhand der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (soziale, ökologische und ökonomische) erarbeiten. Hierbei stellen sie auch die möglichen Folgen auf das Verbraucherverhalten heraus. |
| 20 | Konsolidierung: Jede Gruppe stellt im Anschluss ihre Ergebnisse anhand einer Präsentation vor. Die Ergebnisse werden im Plenum diskutiert und möglicherweise ergänzt. Die Ergebnisse der Gruppen können der Klasse zur Verfügung gestellt werden. | Computer mit Beamer | Die Schülerinnen und Schüler können die Varianten des Peer-to-Peer-Sharing anhand eines Beispiels sowie mögliche Folgen für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft erläutern. |

VERLAUFSPLAN: BPE 2.4.3 BEWERTUNG DER SHARING ECONOMY

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLER-VERHALTEN |
|-------|--|---|--|
| 20 | Einstieg: Die Schülerinnen und Schüler positionieren sich zwischen den Extrempunkten auf der Meinungslinie. | Meinungslinie | Die Schülerinnen und Schüler können mithilfe der Meinungslinie unterschiedliche Positionen zum Thema herausfinden und diese im Plenum diskutieren. |
| 40 | Erarbeitung: Die Ambivalenz von Sharing Economy wird anhand von einem Beispiel erarbeitet. Die Erkenntnisse können auf ein oder mehrere weitere Beispiele übertragen werden. | Text: Ambivalenz von Sharing-Modellen am Beispiel Personenbeförderung | Die Schülerinnen und Schüler können mithilfe des Textes die Ambivalenz von Sharing Economy-Modellen beurteilen und diese Zwiespältigkeit auf ein/mehrere Beispiele anwenden. |
| 30 | Konsolidierung: Die Ergebnisse werden zusammengefasst. | Tafelbild | |

FACHLICHE HINWEISE

Der Begriff „Sharing Economy“ kommt aus dem Englischen und bedeutet so viel wie „Wirtschaft des Teilens“. Der Oberbegriff „Sharing Economy“ beinhaltet viele Möglichkeiten der Überlassung an Dritte, z. B. leihen, weiterverkaufen, tauschen oder verschenken. Somit kann die Nutzungsdauer eines Produkts verlängert werden oder die Nutzung intensiviert werden. Der Austausch kann mit und ohne monetäre Gegenleistung stattfinden. Beteiligte können Privatpersonen und Unternehmen auf beiden Seiten sein. Unterstützt durch digitale Netzwerktechnologien kann das Teilen von Gütern heutzutage auch zwischen „Fremden“ stattfinden: Reputationssysteme schaffen das notwendige Vertrauen und Plattformen können Anbieter und Nutzer unkompliziert zusammenbringen.

Fachliche Hinweise zu 2.4.1: Je nach Quelle bestehen unterschiedliche Definitionen von „Sharing Economy“. Die schnellen Veränderungen im Bereich von Sharing Economy machen es unerlässlich, sich im Vorfeld der Einheit mit den aktuellen Entwicklungen von Plattformen etc. auseinanderzusetzen.

DIDAKTISCHE HINWEISE

Didaktische Hinweise zu Arbeitsblatt 2.3.2 – Arbeitsblatt 2 – Erarbeitungsphase

Die Schülerinnen und Schüler gleichen bereits gewohnte Alltagsabläufe mit möglichen oder bereits erlebten Veränderungen des Alltags ab und können somit Konsequenzen des Handelns besser abschätzen.

Didaktische Hinweise zu Arbeitsblatt 2.3.2 – Arbeitsblatt 3 – Erarbeitungsphase I

Dabei soll auf Basis der erarbeiteten smarten Produkte, der analysierten Veränderungen des Alltags und der erarbeiteten Chancen und Risiken bei Evolution und Revolution von Geschäftsmodellen das in Einheit 2.3.1 erarbeitete smarte Produkt durch die Schülerinnen und Schüler analysiert werden. Diese Tabelle soll die Grundlage für die Abschlussdiskussion zur Untereinheit in Bezug auf smarte Produkte sein.

Didaktische Hinweise zu Arbeitsblatt 2.3.2 – Arbeitsblatt 3 – Konsolidierungsphase I

Hierbei sollte im Zweifel die Schwierigkeit in Bezug auf Revolution und Evolution von Geschäftsmodellen und deren Auswirkungen für die Gesellschaft als Ganzes als auch für die unterschiedlich lange im Berufsleben stehenden Arbeitnehmer erörtert werden.

Didaktische Hinweise zu Arbeitsblatt 2.3.2 – Arbeitsblatt 3 – Konsolidierungsphase II

Hierbei sollte die Lehrkraft einen besonderen Fokus auf die Rolle der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Nutzung von smarten Produkten legen. Ziel ist es, die verschiedenen Rollen als Nutzer und Kunde bei smarten Produkten als auch im Geschäftsmodell zu analysieren. Durch die Reflexion der eigenen Rolle sollen die Schülerinnen und Schüler Folgen des eigenen Handelns besser abschätzen können.

METHODISCHE HINWEISE UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DIGITALER MEDIEN

Methodische Hinweise zur gesamten Einheit: Je nach technischer Ausstattung der Schule können digitale Medien eingesetzt werden.

Methodische Hinweise zu Arbeitsblatt 2.3.1 – Gruppenbildung

Die Schülerinnen und Schüler überlegen sich zunächst selbst, welches smarte Produkt sie interessiert.

ARBEITSMATERIALIEN/AUFGABEN

ARBEITSBLATT 2.3.1 MERKMALE SMARTER PRODUKTE – LÖSUNG

Ausgangssituation:

Hannes studiert Wirtschaftsinformatik in Stuttgart. Er bewohnt ein WG-Zimmer und ist wie sein Mitbewohner ein absoluter Fan von Produkten für das smarte Zuhause (Smarthome). Neben dem Smart Speaker, mit dem Hannes Musik auf Kommando aus dem Internet streamt, sich die aktuellen Nachrichten mitteilen lässt oder auch im Internet einkauft, steuern Hannes und sein Mitbewohner auch die Beleuchtung, Heizung und sonstige Funktionen der Wohnung.

In der Vorlesung „Innovationsmanagement“ schwärmt er Rosa vor, was er jetzt alles mit seinem Smart Speaker aus steuern kann und wie innovativ das doch alles sei. Rosa sieht aber auch Risiken bei diesem Produkt, da er ja augenscheinlich nicht mal mehr einkaufen gehe und sich dies heute schon sichtlich negativ auf seine Fitness auswirke. Als der Professor von neuen Geschäftsmodellen auf Basis smarter Produkte zu referieren beginnt, erhält die Diskussion eine weitere sehr interessante Ebene [...].

1. Definition smartes Produkt:

Durch die Einbettung von Informationstechnologie wird ein Produkt dann smart, wenn der Funktionsumfang erweitert wird. Der Mehrwert des smarten Produkts ergibt sich dadurch, dass es über den alltäglichen Gebrauchswert hinaus einen Zusatznutzen generiert, der über die ursprüngliche Zweckbestimmung hinaus geht.

2. Erstellen Sie mit zwei weiteren Mitschülern ein Placemat zu einem smarten Produkt Ihrer Wahl.**a) Gruppenbildung:**

Überlegen Sie zunächst allein, welches smarte Produkt Sie fasziniert. Beziehen Sie hierfür auch Ihre persönlichen Erfahrungen mit ein. Schreiben Sie Ihr smartes Produkt an die Tafel. Bilden Sie dann mit zwei anderen Mitschülern, die sich ebenfalls für dieses Produkt interessieren eine Gruppe.

b) Gruppenarbeit:

Schreiben Sie in die Mitte des Placemat (Gemeinschaftsfeld) die Bezeichnung des smarten Produkts, notieren Sie folgende Frage und lassen Sie entsprechend genügend Platz für Ihre Antworten, recherchieren Sie gegebenenfalls notwendige Informationen im Internet:

Worin unterscheidet sich das smarte Produkt vom ursprünglichen Produkt?

Weitere Vorgehensweise: Teilen Sie die Begriffe physische Komponente (Grundnutzen), intelligente Komponente (Zusatznutzen) und Vernetzungskomponente (Kommunikation) untereinander auf. Notieren Sie nun alle bekannten oder recherchierten Informationen zu Ihrer Komponente in das jeweilige Einzel Feld. Für einen Zeitraum von fünf Minuten sprechen Sie nicht mit Ihren Gruppenmitgliedern. Über die Ergebnisse der Einzelarbeit tauschen Sie sich im Anschluss insofern aus, dass jedes Gruppenmitglied seine Ideen vorstellt. Zum Ende der Gruppenarbeit beantworten Sie als Gruppe gemeinschaftlich die Frage aus dem Gemeinschaftsfeld.

c) Präsentation: Präsentieren Sie Ihre/Ihr smartes Produkt im Plenum.

| | | |
|---|--|--|
| <p>Intelligente Komponente (liefert den Zusatznutzen/digitale Veredelung): Fahrwegüberwachung; vorausschauendes Handeln; Unfallvermeidung; Wirtschaftlichkeit; optimale Verkehrs- und Straßenauslastung; Kraftstoff- und Stromverbrauch optimieren; KI (Verhaltensprognose); Umweltschutz</p> | <p>Vernetzungskomponente (Kommunikationsmöglichkeit via Internet oder Nahfeldkommunikation): Kommunikation unter Fahrzeugen; Car-to-Infrastructure-Kommunikation; Datenübertragung mittels 5G; Automotive-Cloud um Programme von Drittanbietern in smarten Kfz zu ermöglichen</p> | |
| | <p>Worin unterscheidet sich das smarte Produkt vom ursprünglichen Produkt? Der Hauptunterschied eines selbstfahrenden Autos zu einem heutigen Automobil der neuesten Generation ist, dass bislang noch keine flächendeckende Kommunikation zwischen den selbstfahrenden Autos sowie zwischen den Autos und der Infrastruktur Straße und Verkehrswesen existiert. Hier ist einerseits eine schnellere mobile Breitbandverbindung von Nöten (Mobilfunk mit 5G) sowie ein Ausbau an Rechenkapazitäten im Fahrzeug als auch in Form von Datenzentren. Ein weiterer Aspekt ist, dass die intelligente Komponente in Form von KI im Auto bislang aus rechtlichen, aber auch ethischen Gründen noch nicht implementiert wurde. Hier sind noch verschiedene Vorgehensweisen, sei es gesetzlicher oder haftungsrelevanter Natur, ungeklärt.</p> | |
| <p>Physische Komponente (gibt die Grundfunktion vor): Elektrohydraulische Lenkung; Radar/Ultraschallsensoren; Infrarotkameras; Autobahnlicht; Prozessoren und Steuergeräte; Datenspeicher in Cloud- und KI-Rechenzentren</p> | | |

ARBEITSBLATT 2.3.2 BEDEUTUNG VON SMARTEN PRODUKTEN IM ALLTAG – LÖSUNG

Ausgangssituation:

Hannes und Rosa haben in der Vorlesung Innovationsmanagement gehört, dass sich ändernde Lebensgewohnheiten zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle führen können. Da Hannes selbst schon gemerkt hat, dass seine smarten Produkte zu Veränderungen in seinem Umfeld geführt haben, möchte er nun sich darüber bewusst werden, was sich in seinem Alltag, aber auch im Alltag der Gesellschaft verändert hat [...].

. Erstellen Sie mit zwei weiteren Mitschülern ein Mindmap oder ein Strukturblatt

Schließen Sie sich in Dreiergruppen zusammen, um die veränderten Lebensgewohnheiten für eines der drei smarten Produkte gemeinsam zu analysieren. Erstellen Sie hierzu ein Mindmap oder ein Strukturblatt, wobei beim Mindmap die Hauptstränge mindestens zu folgenden Themen entwickelt werden sollen: „Wandel der Lebensgewohnheiten“, „Chancen und Risiken“ sowie „Wandel der Bedeutung des Produkts für den Konsumenten an sich“.

a) Gruppenarbeit:

Überlegen Sie sich gemeinsam, wie sich Ihr Alltag durch das gewählte smarte Produkt verändern wird oder es getan hat. Erstellen Sie das Mindmap nach den o. g. Kriterien. Sie können, wenn es sich ergibt, einen weiteren vierten Hauptstrang Ihrer Wahl auf der Mindmap implementieren.

b) Diskussion im Klassenplenum samt Konsolidierung:

Im Rahmen einer durch die Lehrkraft geführten Diskussion zum Thema:

„Wandel der Lebensgewohnheiten im Alltag durch smarte Produkte für Konsumenten“ sollen konstruktiv und kritisch, die sich ergebenden Veränderungen im Alltag ermittelt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Diskussionsregeln eingehalten werden und den Diskussionsteilnehmern etwaige Veränderungen der Lebensgewohnheiten so beispielhaft und nachvollziehbar wie möglich erläutert werden, um eine gute Diskussionsgrundlage herzustellen.

Notizen zur Diskussion:

ARBEITSBLATT 2.3.3 ENTWICKLUNG NEUER GESCHÄFTSMODELLE – LÖSUNG

Ausgangssituation:

Nachdem Hannes und Rosa mögliche Veränderungen der Lebensgewohnheiten durch smarte Produkte untersucht haben, stellen sie sich die Frage, wie Unternehmen eigentlich vorgehen, wenn neue Geschäftsmodelle entwickelt werden. Das Nachvollziehen eines Geschäftsmodells ist bei smarten Produkten für Kunden sehr relevant, da daraus abgeleitet werden kann, ob der Kunde tatsächlich Kunde oder nicht doch Produktionsfaktor in Form eines Datenlieferanten ist. Tatsächlich kann ein Nutzer beides gleichzeitig sein.

Wenn über digitale Transformation gesprochen wird, kommen einem meistens die Begriffe Innovation, Distribution und völlig neue Produktangebote oder ein völlig neues Kundenerlebnis in den Sinn. Dies stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen. Werden hingegen Unternehmen oder Dienstleistungen neu entwickelt, so kann dies anders sein. Eine Mischung aus beidem entsteht, wenn Unternehmen bisherige Dienstleistungen mittels digitaler Produkte und hierdurch sich ergebender neuer oder zusätzlicher Vertriebswege weiterentwickeln können.

Geschäftsmodelle können daher einer **Evolution oder einer Revolution** unterliegen. Evolution in Bezug auf Geschäftsmodelle bedeutet, dass Unternehmen nach und nach die technischen Möglichkeiten als auch die gesellschaftspolitischen Erwartungen ihrer Zeit abbilden. Hierzu müssen in Eigenverantwortung große Handlungsspielräume für die Mitarbeiter existieren. Dies gelingt nur bei Bestehen einer offenen, innovationsfördernder Unternehmenskultur. Eine evolutionäre Veränderung des Geschäftsmodells könnte folgendermaßen aussehen: Ein Energieversorger produziert Strom und bietet Stromverträge an. Diese Verträge beinhalten auch die Installation von smarten Stromzählern, die den Stromverbrauch messen. Durch diese Daten kann der Stromanbieter zusätzlich ein „Thermostat oder eine Stromsparsteuereinheit“ als smartes Produkt anbieten, das den Stromverbrauch dann für den Kunden adäquat regelt. Nebenbei erfährt der Stromanbieter auch genau, wie viel Strom seine Kunden zu welcher Uhrzeit verbrauchen und kann entsprechend dem Stromverbrauch besser planen und seine Stromproduktion darauf einstellen.

Im Gegenzug können Geschäftsmodelle revolutioniert werden. Revolution in Bezug auf Geschäftsmodelle bedeutet, dass eine neue Art der Dienstleistungserbringung einem Kunden denselben Nutzen zu einem günstigeren Preis oder einen neuen höherwertigen Nutzen liefert. Meist entsteht dies durch die Implementierung von Plattformen über die Inhalte (content) oder Dienstleistungen (services), die von anderen Dienstleistern erbracht werden. Als Beispiel können hier Videoplattformen genannt werden, bei denen Inhalte, Clips, Serien oder ganze Filme von Erstellern, die nicht Betreiber der Videoplattform sind, hergestellt werden. Dritte können diese dann kostenlos oder im Rahmen eines monatlichen Entgeltes nutzen.

Arbeitsauftrag 1:

Erörtern Sie kurz, welche Chancen und Risiken bei der Evolution und Revolution von Geschäftsmodellen aus ihrer Sicht für Unternehmen, die Gesellschaft und die Arbeitnehmer bestehen.

Die meisten bestehenden Unternehmen können keinen radikalen oder revolutionären Wandel einleiten. Existiert ein Unternehmen schon länger, so müssen die Kunden, Prozesse und Mitarbeiter in die neue Welt mitgenommen werden. Dies Bedarf an Fortbildung und Wille bei den Mitarbeitern und an Investitionen vonseiten des Unternehmens. Solange die Investitionen sich nicht rentieren, Mitarbeiter und Kunden nicht mitziehen, stellt dies einen Kraftakt mit ungewissem wirtschaftlichem Ausgang dar.

Die Gesellschaft an sich muss sich die Frage stellen, inwieweit sie Unternehmen die Chance lässt ihre Geschäftsmodelle einer Evolution zu unterziehen oder sich (eventuell zu) stark auf revolutionäre Geschäftsmodelle als Nachfrager fokussiert.

Die schon länger arbeitenden Mitarbeiter müssen sich die Frage stellen, welche Handlungsalternativen für einen selbst bestehen, wenn man bei einer Evolution des Geschäftsmodells nicht bereit, ist seinen Teil beizutragen. Junge Arbeitnehmer sollten sich darauf einstellen, verschiedenste Arbeitsweisen sei es mit Hilfe von oder unter Abwesenheit von digitalen Hilfsmitteln in ihrem Berufsleben kennenzulernen. Wichtigster Aspekt ist hierbei jedoch, sich den vermutlich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen und auch anpassen zu können. Hierbei ist Bildung eines der Schlüsselemente.

Arbeitsauftrag 2:

Analysieren Sie für die drei smarten Produkte, für die Sie die Änderung der Lebensgewohnheiten untersucht haben, die Chancen und Risiken des Geschäftsmodells. Finden Sie auch heraus, wer der Kunde, wer der Nutzer und wer der oder die Erbringer der Dienstleistung, des Produktes oder des Nutzungserlebnisses sind.

| Smartes Produkt | Selbstfahrendes KFZ | ... | ... |
|----------------------------|--|-----|-----|
| Dienstleistungserbringer | Carsharinggesellschaft, Mobilitätsdienstleister gepaart mit dem KFZ selbst im Systemnetzwerk autonomes Fahren oder nur das KFZ mit samt den Services zum autonomen Fahren. | | |
| Nutzer | Eigentümer oder Gruppe von Menschen via Carsharing oder sonstiger Mobilitätsdienstleister. | | |
| Kunde | Eigentümer und Nutzer oder Carsharinggesellschaft oder Mobilitätsdienstleister. | | |
| Chancen im Geschäftsmodell | Selbstfahrende Autos können aus sich heraus Gewinn erwirtschaften unter dem Aspekt der Erbringung einer Taxidienstleistung. Dabei werden die Autos stärker ausgelastet. | | |

| | | | |
|----------------------------|---|--|--|
| Risiken im Geschäftsmodell | Mangelnde Infrastruktur, um autonom fahren zu können, da diese nicht durch den Staat oder weiteren Zulieferern bereitgestellt werden kann. Juristische Schwierigkeiten bei der Zulassung selbstfahrender Autos aus Haftungs-, aber auch aus ethischen Gründen. Da bei einem unvermeidbaren Unfall auch Menschen tödlich verletzt werden können. Eventuell muss sogar Leben gegen Leben aufgewogen werden. | | |
|----------------------------|---|--|--|

2.4.1 GRUNDIDEE DER SHARING ECONOMY

Ausgangssituation:

Rosa studiert Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart und wohnt zentral in einer Studenten-WG. Sie hat zwar ein Auto, aber meistens fährt sie mit dem Fahrrad zur Uni. Auch ihren Nebenjob kann sie zu Fuß erreichen. Ihr Auto benötigt sie nur selten, z. B. für Wochenendbesuche bei den Eltern, die auf der Schwäbischen Alb, in Engstingen, wohnen oder für große Einkäufe. Da Rosa am Ende des Monats mal wieder knapp bei Kasse ist, aber am Wochenende trotzdem gern auf ein Konzert gehen will, braucht sie dringend Geld. Da ihr Auto meistens ungenutzt auf der Straße steht, überlegt sich Rosa Möglichkeiten, wie sie dieses „tote Kapital“ zu Geld machen könne?

In der Vorlesung „Nachhaltig Wirtschaften“ erzählt sie ihrem Kommilitonen Hannes von ihrem finanziellen Engpass und der Idee, ihren Pkw online zum Verleih anzubieten. Hannes ist von der Idee begeistert und hat sich in einem Seminar schon mit dem Thema „Sharing Economy“ auseinandergesetzt. Er will Rosa weitere Möglichkeiten zeigen.

Arbeitsauftrag:

Sammeln Sie Ihre Ideen zum Thema „Sharing Economy“ und erstellen Sie ein Cluster. Nehmen Sie mindestens folgende Oberbegriffe in Ihr Cluster auf:

- Produkte
- Formen des Teilens
- Gegenleistungen (Kommerzialisierung)
- Beteiligte Anbieter und Nachfrager
- Plattformen

Methodenkasten Cluster:

Das Wort „Cluster“ bedeutet so viel wie „Gruppe“ und ist eine Form der Gruppierung. Hierfür legen Sie zunächst Oberbegriffe fest. Im nächsten Schritt schreibt jeder auf, was ihm zu diesen Oberbegriffen spontan einfällt. Es gibt keine falschen Antworten! Im Anschluss kategorisieren Sie die Ergebnisse und versuchen, Verbindungen herzustellen.

Persönliche Positionierung:

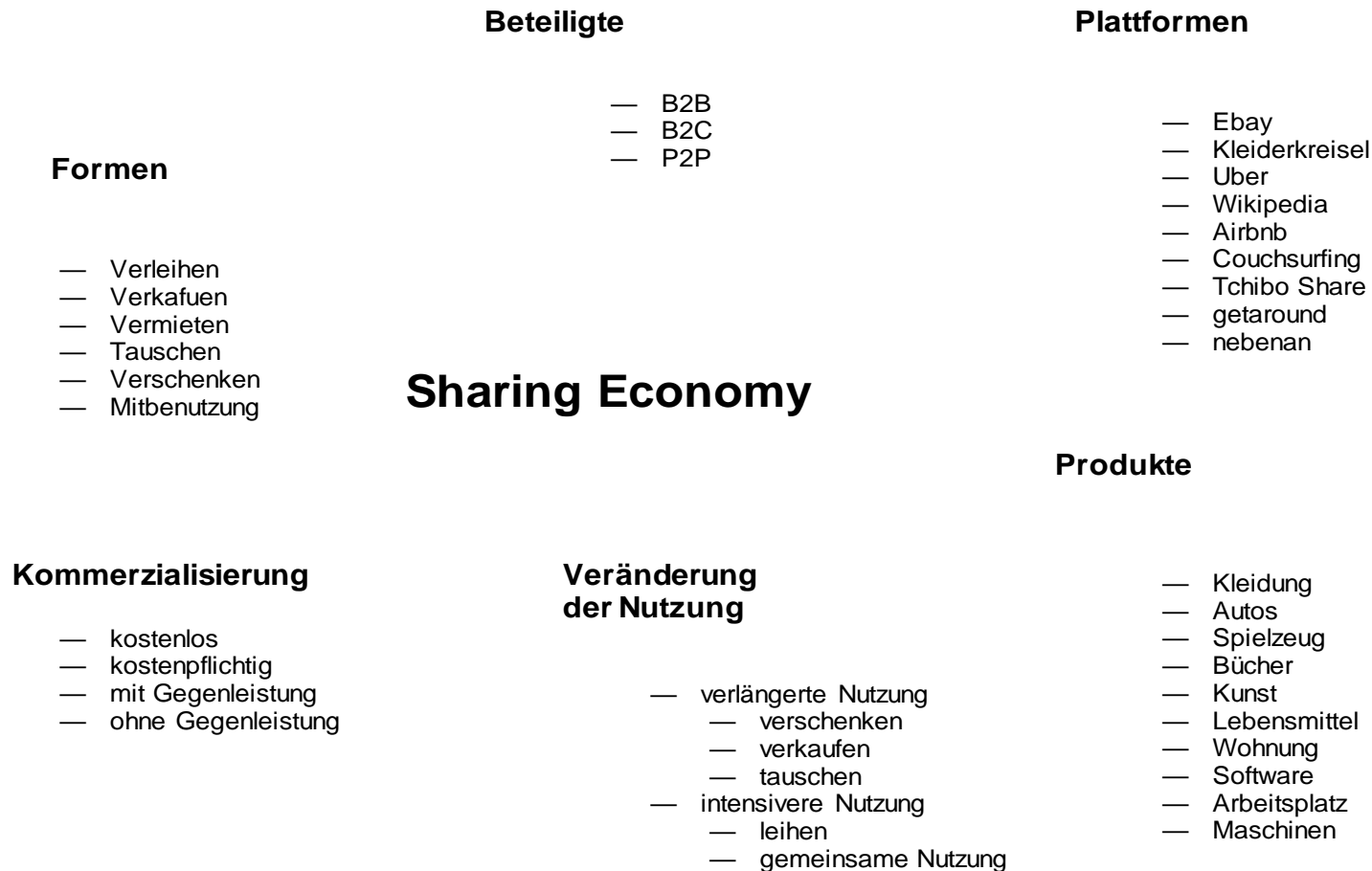
Nehmen Sie persönlich Stellung unter dem „#Sharing Economy“. Verfassen Sie hierfür einen Kurzkomentar für ein soziales Netzwerk.



Voraussetzungen für Sharing Economy:

- Netzwerktechnologie, die einen einfachen und kostengünstigen Zugang für Anbieter und Nachfrager gewährleistet.
- Reputationssysteme, die ein gewisses Vertrauen schaffen können.
- Regeln/institutionelle Rahmenbedingungen, die als regulierende Grundlage dienen.

*



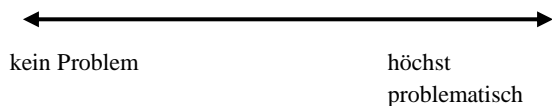
VOR- UND NACHTEILE DER SHARING-ECONOMY:

| Vorteile: | Nachteile: |
|--|--|
| z. B. <ul style="list-style-type: none"> • Nutzer können ihre finanzielle Situation verbessern, da sie Produkte kostengünstig beziehungsweise kostenlos nutzen bzw. erwerben können. • Haushalte mit geringem Einkommen, können sich hochpreisige Güter leisten, wenn diese beispielsweise gebraucht erworben werden. • Durch die Vernetzung können soziale Kontakte geknüpft werden. • Manche Sharing-Modelle schaffen eine „Wirkkultur“. • Anbieter können Geld verdienen bzw. „totes Kapital“ nutzen. • Plattformen bieten bequeme Handhabung und einfachen Zugang zu Dienstleistungen (vgl. früher Schwarzes Brett). • Bei manchen Geschäftsmodellen können vorhandene Ressourcen besser genutzt werden. • Durch die gemeinsame Nutzung von Gütern können Umweltbelastungen verringert werden. | z. B. <ul style="list-style-type: none"> • Hoher Planungs- und Organisationsaufwand, eventuell beschränkte Verfügbarkeit von Produkten. • Ungleichheit der Angebote zwischen ländlichen und urbanen Gebieten. • Rechtliche Unsicherheiten wie beispielsweise Datenschutz, Arbeitsrecht, etc. • Mietpreise in Ballungsräumen werden durch Sharing-Modelle weiter angeheizt. • Schaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse • Steuerliche Folgen müssen beachtet werden. • Bisher altruistische Nachbarschaftshilfe kann von finanziellen Interessen beeinflusst werden. • Möglicher negativer Einfluss durch Reputationen. • Hohe Umweltbelastungen durch Transport von Mietartikeln. • Umweltentlastung entsteht nur, wenn tatsächlich weniger produziert wird. |

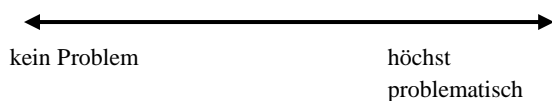
2.4.2 Peer-to-Peer Sharing

Sharing Economy zwischen Privatpersonen wird als Peer-to-Peer Sharing bezeichnet. Der Güteraus-tausch im privaten Bereich ist schon in einigen Bereichen etabliert. Kreuzen Sie in folgenden Fallbei-spielen an, wie Sie das Peer-to-Peer Sharing beurteilen. Überlegen Sie hierfür, ob Sie mögliche Proble-me sehen und ob Sie sich persönlich auf den Austausch einlassen würden.

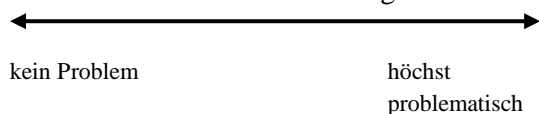
1.) Annika besitzt eine Bohrmaschine, da sie diese jedoch nur einmal im Jahr benötigt, bietet Annika die Bohrmaschine zum kostenlosen Verleih auf einer Nachbarschaftsplattform an. Ihr Nachbar Peter leiht sich die Bohrmaschine für eine Stunde.



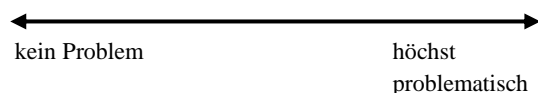
2.) Fatma und Emil haben einen dreijährigen Sohn Sinan. Da beide Eheleute berufstätig sind, passt ihre pensionierte Nachbarin Erna manch-mal auf Sinan auf. Im Gegenzug gehen Fatma und Emil für Erna einkaufen. Die beiden Partei-en haben sich über eine Onlineplattform für Nachbarschaftsdienste kennengelernt.



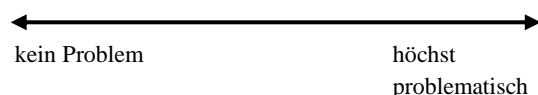
3.) Frank ist Elektriker und bietet seine Dienste nach der Arbeit auf einer privaten Nachbar-schaftsplattform an. Hier gibt es viele andere Privatpersonen, die ebenfalls ihre Fähigkeiten anbieten. Letzte Woche hat Frank einen Anbie-ter entdeckt, der ihm die Steuererklärung ma-chen würde, wenn Frank ihm hierfür die Elekt-roinstallation in seiner Wohnung übernimmt.



4.) Deniz wohnte bisher in einer Wohngemein-schaft mit Karola in Karlsruhe. Karola zieht für ein Praktikum nach Berlin. Deniz entscheidet sich, das freie Zimmer nicht ständig zu vermieten, sondern bietet dieses über eine Plattform tageweise zur Vermietung an. Dies bietet ihm zwei Vorteile, zum einen erhält er so mehr Geld für das freie Zimmer und des Weiteren lernt er immer wieder neue Menschen, aus allen Län-dern kennen.



5.) Sergej macht eine Ausbildung zum Bank-kaufmann. Um sein Auszubildengehalt auf-zubessern, befördert er regelmäßig Personen in seinem privaten Pkw. Er bietet seine Fahrdien-ste sowohl für seine tägliche Strecke zum Ar-beitsplatz, die er auch ohne Mitfahrer zurückle-gen würde, als auch für zusätzliche Fahrten am Abend, an. Den Preis für die Fahrten kann Ser-gej festlegen, er orientiert sich mit seinen Prei-sen an denen der privaten „Konkurrenten“.



Gruppe 1: Kollaborativer Lebensstil

Unter dem Begriff „kollaborativer Lebensstil“ wird allgemein der Austausch und Handel von bestehenden Ressourcen verstanden. Dies kann unterschiedlichste Ressourcen wie Zeit, Raum oder Fertigkeiten betreffen und sowohl gegen Entgelt als auch kostenfrei angeboten werden.

Arbeitsauftrag (Gruppe, 45 Min.):

Recherchieren Sie im Internet und beantworten Sie folgende Fragen:

1. Suchen Sie nach einer Plattform, die sich auf den Austausch der Ressource „Raum“ zwischen Privatpersonen spezialisiert hat. Beschreiben Sie die grundsätzliche Funktionsweise dieses Unternehmensmodells.
2. Arbeiten Sie mögliche Änderungen des Verbraucherverhaltens durch das Peer-to-Peer-Sharing Modell heraus.
3. Stellen Sie Folgen dieser Plattform für die Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft dar.
4. Erstellen Sie eine Präsentation, in welcher Sie Ihre Ergebnisse darstellen.

Gruppe 2: Redistributionsmärkte

Unter Redistributionsmärkten versteht man die Wiederverteilung bzw. Weiterverteilung von Gütern (aus dem Lateinischen: re = wieder, zurück und Distribution = Verteilung oder Vertrieb). Unter diesem Begriff werden viele Formen der verlängerten oder intensivierten Nutzung gefasst, wie zum Beispiel: weiterverkaufen, vermieten, tauschen oder co-using.

Arbeitsauftrag (Gruppe, 45 Min.):

Recherchieren Sie im Internet und beantworten Sie folgende Fragen:

1. Suchen Sie nach einer Plattform, welche sich auf die private Weitergabe (entgeltlich und entgeltfrei) von Produkten spezialisiert hat. Beschreiben Sie die grundsätzliche Funktionsweise dieses Unternehmensmodells.
2. Arbeiten Sie mögliche Änderungen des Verbraucherverhaltens durch das Peer-to-Peer Sharing Modell heraus.
3. Stellen Sie Folgen dieser Plattform für die Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft dar.
4. Erstellen Sie eine Präsentation, in welcher Sie Ihre Ergebnisse darstellen.

Gruppe 3: Produkt-Dienstleistungssysteme

Unter Produkt-Dienstleistungssystemen versteht man die meistens entgeltpflichtige, eigentumslose Nutzung von Produkten, d. h. bei dieser Form des Sharing Modells geht es um das Verleihen von Gütern. In diesem Bereich finden sich viele kommerzielle Anbieter, wie beispielsweise Anbieter für die

gemeinsame Nutzung von Autos. Aber auch hier gibt es Plattformen, die sich auf Peer-to-Peer-Angebote spezialisiert haben.

Arbeitsauftrag (Gruppe, 45 Min.):

Recherchieren Sie im Internet und beantworten Sie folgende Fragen:

1. Suchen Sie nach einer Plattform, welche sich auf den privaten Verleih von Autos spezialisiert hat. Beschreiben Sie die grundsätzliche Funktionsweise dieses Unternehmensmodells.
2. Arbeiten Sie mögliche Änderungen des Verbraucherverhaltens durch das Peer-to-Peer Sharing Modell heraus.
3. Stellen Sie Folgen dieser Plattform für die Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft dar.
4. Erstellen Sie eine Präsentation, in welcher Sie Ihre Ergebnisse darstellen.

Lösungsvorschlag Peer-to-Peer Sharing Gruppenarbeit

Gruppe 1: Kollaborativer Lebensstil am Beispiel privater Wohnungsvermietung

Die Schülerinnen und Schüler suchen nach einer Plattform, dies könnte beispielsweise Airbnb sein. Grundsätzliche Funktionsweise: Die Plattform bietet einen Onlinemarktplatz für private und geschäftliche Anbieter und Nutzer. Das Unternehmen finanziert sich über einen prozentualen Anteil am Umsatz. Hierbei wird eine Nutzungsgebühr für den Anbieter und den Nutzer fällig. Die Relevanz solcher Plattformen kann an den Jahresumsätzen ersichtlich werden. Mögliche Folgen:

| | |
|---------------------|---|
| Soziale Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Wohnraum ist knapp, durch die private Vermietung wird dieser Mangel, besonders in Großstädten, weiter verschärft. • Wohnungen werden zweckentfremdet und dauerhaft als Ferienwohnungen vermietet. • Die Vermieter werden über die Plattform bewertet, dabei werden andere Profile wie Facebook verknüpft (Konflikt mit Privatsphäre). • Chance für soziale Beziehungen • Anonymität in der Hausgemeinschaft |
| Ökologische Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Günstige Unterkünfte können die Reiselust steigern, dies führt zu erhöhter Umweltbelastung. |
| Ökonomische Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Plattformen stellen für Hotels und Pensionen eine große Konkurrenz dar. Durch die private Vermietung gehen (langfristig) Arbeitsplätze im Hotelgewerbe verloren. • Für Hotels bestehen strenge Regularien, an die sich Privatpersonen nicht halten müssen, dadurch entsteht ein unfairer Wettbewerb (beispielsweise Arbeitsschutz, Mindestlohn, Hygienevorschriften etc.). • Steuerliche Folgen: Einnahmen für den Vermieter müssen versteuert werden. • Nutzungsentgelt an die Plattform. |

Gruppe 2: Redistributionsmärkte

Die Schülerinnen und Schüler suchen nach einer Plattform, dies könnte beispielsweise EBay sein. Grundsätzliche Funktionsweise: Die Plattform ist als online Flohmarkt für private Anbieter und Nutzer entstanden. Zunehmend hat die Plattform an Attraktivität für gewerbliche Händler gewonnen und damit hat der Anteil an Neuware deutlich zugenommen. Das Unternehmen finanziert sich über eine Angebotsgebühr für das Einstellen der Artikel und eine Verkaufsprovision für jeden verkauften Artikel. Die Relevanz solcher Plattformen kann an den Jahresumsätzen ersichtlich werden. Mögliche Folgen:

| | |
|---------------------|---|
| Soziale Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Bewertung der Käufer und Verkäufer. • Haushalte mit geringem Einkommen können sich mehr leisten. |
| Ökologische Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Beim Verkauf von gebrauchten Artikeln kann der Produktlebenszyklus verlängert werden, dies schont die Umwelt, da Ressourcen eingespart werden. • Der Versand der Artikel belastet die Umwelt. • Günstige Produkte führen zu Mehrkonsum, dies führt zu zusätzlicher Ressourcenverschwendung. • Gutes Gewissen führt zu höherer Nachfrage. • Weniger effektive Produkte (z. B. mit geringer Energieeffizienz) werden weiterverwendet. |
| Ökonomische Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Gebrauchte Produkte können günstig eingekauft werden, dies bringt einen Nutzensvorteil für den Endverbraucher. • Verkäufer kann seine ungenutzten Güter mit relativ geringem zeitlichem und organisatorischem Aufwand zu Geld machen. • Für die Privatverkäufe gibt es keine Garantien oder Verbraucherschutzbestimmungen. • Steuerliche Folgen: Einnahmen müssen unter Umständen versteuert werden. • Nutzungsentgelt für die Plattform. |

Gruppe 3: Produkt-Dienstleistungssysteme

Die Schülerinnen und Schüler suchen nach einer Plattform, dies könnte beispielsweise Getaround sein. Grundsätzliche Funktionsweise: Die Plattform ist als online Marktplatz für private Anbieter und Nutzer. Darüber hinaus bietet die Buchung über die Webseite einen Versicherungsschutz und Pannenservice für das Fahrzeug.

Das Unternehmen finanziert sich über eine Servicepauschale, die bei jeder Vermietung dem Mieter in Rechnung gestellt wird. Auch für den Vermieter wird eine prozentuale Servicegebühr fällig. Mögliche Folgen:

| | |
|---------------------|---|
| Soziale Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Bewertung der Käufer und Verkäufer. • Der Vermieter ist für die Sicherheit und Pflege des Pkws verantwortlich. Der Mieter muss sich darauf verlassen, dass das Fahrzeug in einem technisch einwandfreien Zustand ist und allen Sicherheitsstandards entspricht. |
| Ökologische Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Durch die intensivere Nutzung kann die Fahrzeugproduktion und damit der Rohstoffverbrauch und die Umweltverschmutzung, eingedämmt werden, wenn das Sharing Modell als Alternative zum Kauf eines Pkw dient. • Werden die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch die Autovermietung substituiert, entsteht ein negativer Effekt für die Umwelt. |
| Ökonomische Folgen: | <ul style="list-style-type: none"> • Der Vermieter kann zusätzliche Einnahmen erzielen, solange er sein Auto nicht benötigt. • Er muss diese versteuern. • Dem Mieter bietet die Plattform die Möglichkeit, ein Fahrzeug kostengünstiger als bei einer kommerziellen Autovermietung zu mieten. • Folgen im Schadensfall? Grundsätzlich ist die Vermietung des Pkw über die Homepage versichert. Allerdings bleibt der Aufwand in einem möglichen Schadensfall bestehen. Kontakt zur Versicherung, Werkstatttermine, etc. kosten Zeit und Energie. • Servicegebühr der Plattform. |

2.4.3 Bewertung Sharing Economy

Positionierungen für die Meinungslinie:

- Peer-to-Peer-Sharing Economy ist der moderne Weg, mithilfe von digitalen Netzwerktechnologien zu einer bedarfsgerechten, ressourcenschonenden und nachhaltigeren Art des Wirtschaftens, welche den Menschen ins Zentrum stellt und sozialen Austausch, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität fördert.
- Bisher altruistisch geprägte Angebote von Privatpersonen werden durch das Peer-to-Peer-Sharing kapitalisiert. Hierbei werden gesetzliche Mindeststandards unterlaufen und soziale Gesellschaftswerte, wie Nachbarschaftshilfe, zerstört.

Ambivalenz von Sharing Modellen am Beispiel Personenbeförderung

Sharing Economy wird von einigen Verfechtern als neue ökologische Art der Güternutzung gesehen, wobei nicht mehr der Besitz im Vordergrund steht, sondern der Gebrauch von Gütern. Somit könnten der Ressourcenverbrauch vermindert und eine nachhaltigere Nutzung von Gütern erreicht werden. Dies fördere darüber hinaus auch die Solidarität und das Gemeinschaftsgefühl von Marktteilnehmern und führe zu einer „Wir-Kultur“.

Kritiker der Sharing Economy sehen dies hingegen als geschicktes Marketingkonzept, welches – getarnt mit pseudo sozialen und ökologischen Zielen – allein kapitalistische Interessen verfolge und dabei gesetzliche Mindeststandards unterwandere und zu prekären Beschäftigungsverhältnissen führe.

Personenbeförderungen werden einerseits über konventionelle Taxiunternehmen angeboten. Besonders in Großstädten weltweit hat sich zusätzlich ein Sharing Modell etabliert, bei welchem Privatpersonen ihre Fahrdienste anbieten. Die Grundidee ist einfach: Der Anbieter fährt mit seinem Auto von A nach B und nimmt unterwegs Mitfahrer auf, die ihren aktuellen Standpunkt und ihr Ziel über die App bekannt geben. Der Preis wird im Vorfeld vereinbart und die Zahlung per Onlinezahlungssystemen abgewickelt. Diese Dienste können sowohl auf dem täglichen Weg zur Arbeit, als auch darüber hinaus bei zusätzlichen Strecken angeboten werden. Zur Entwicklung dieses Geschäftsmodells haben technische Voraussetzungen beigetragen: Neben Netzwerktechnologien, die Anbieter und Nachfrager einfach „matchen“, sind Reputationssysteme essenziell, die asymmetrische Informationen (beispielsweise über den technischen Zustand des Fahrzeugs) zumindest teilweise ausgleichen können. So kann der Kunde seine Bewertung über die Freundlichkeit des Fahrers oder den Zustand des Autos direkt mit weiteren potenziellen Nutzern teilen. Weitere technische Voraussetzungen sind in der Smartphonennutzung zu sehen. Hierdurch können GPS-Daten analysiert und die passende Mitfahrgelegenheit gefunden werden. Auch bequeme Bezahlungssysteme haben zur Entwicklung dieses Sharing-Modells beigetragen.

Am Beispiel „Fahrdienst“ können die Auswirkungen auf die Umwelt diskutiert werden. Befürworter argumentieren, dass die gemeinsame Nutzung von Fahrdiensten zu einem geringeren Ressourcenverbrauch führe, da weniger Autos produziert würden. Durch die kollaborative Nutzung eines Fahrzeugs für eine gemeinsame Strecke würden weniger Emissionen verursacht, dies führe zu mehr Nachhaltigkeit und weniger Umweltbelastung.

Kurzfristig betrachtet ist die Menge der Fahrzeuge unverändert und damit auch der Ressourcenverbrauch in der Produktion.

Langfristig stellt sich die Frage, welche Substitutionsgüter die Verbraucher nutzen. Steigt ein Nutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln auf private Taxidienste um, so ergibt sich eine steigende Umweltbelastung. Dies ist aufgrund sinkender Preise – im Vergleich zu einer Taxifahrt – zu erwarten und impliziert steigendes Verkehrsaufkommen und Stau, was negative Umwelteffekte verursacht. Deckt ein Konsument seinen Bedarf für individuelle Fahrten über die Onlineplattform und verzichtet stattdessen auf den Kauf eines neuen Fahrzeugs, können sich positive Auswirkungen für die Umwelt ergeben, wenn dadurch weniger Autos gekauft bzw. produziert werden.

Die Fahrer bieten ihre Fahrdienste privat über die Plattform an, d. h. sie stehen in keinem Arbeitsverhältnis, sind vielmehr selbstständig. Dadurch erlangen sie zum einen Flexibilität, büßen allerdings Sicherheit ein.

Auch rechtliche Aspekte werden in Deutschland diskutiert. So muss ein Taxifahrer einen Personenbeförderungsschein nachweisen und sich regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen unterziehen. Da die Fahrer über die Onlineplattform nicht bei einem Unternehmen angestellt sind, entfallen Mindestlohnstandards und arbeitsrechtliche Anforderungen. An herkömmliche Taxis werden Voraussetzungen wie Sicherheitsüberprüfungen oder technische Ausstattungen wie ein Taxameter und Freifunk gestellt. Dies führt zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen und deutlich niedrigeren Preisen der Privatanbieter. Hinzu kommen steuerliche Aspekte und Tarifregularien für Taxiunternehmen. Die Regularien

über die Taxipreise sollen Ortfremden Markttransparenz und Schutz vor Benachteiligung gewähren. Die Markttransparenz ist auch bei den Onlineplattformen gegeben, da der Kunde über die App alle Angebote einsehen kann und den Preis vor der Fahrt erfährt.

Für Taxiunternehmen gibt es eine Beförderungspflicht. Diese müssen private Anbieter nicht erfüllen. Daher stellt sich die Frage, wie beispielsweise die Beförderung von Personen im Rollstuhl gewährleistet werden kann. Herkömmliche Taxiunternehmen müssen einen Teil der Fahrzeugflotte behindertengerecht umbauen. Denkbar wäre ein finanzieller Anreiz für Sharing-Anbieter, wenn diese ebenfalls entsprechende Fahrzeuge anbieten.

Ein weiteres Problem betrifft den Datenschutz: Die Plattformen sammeln Daten der Nutzer und können hierdurch Bewegungsprofile erstellen, welche die Privatsphäre der Nutzer womöglich einschränkt. Auch dürfte es zu Komplikationen mit einschlägigen rechtlichen Bestimmungen (DSGVO, BDSG) kommen.

Auf dem Beförderungsmarkt herrscht ein ausgeprägter Wettbewerb durch viele Anbieter. Durch das Angebot der Sharing-Plattformen erhöht sich die Anzahl der Angebote, allerdings haben sowohl Anbieter als auch Nachfrager einen Vorteil infolge der Monopolstellung seiner Plattform. Diese Plattform erhöht ihren Nutzen durch eine große Anzahl von Teilnehmern. Je mehr Personen den Onlinevermittler nutzen, desto höher ist die Attraktivität der Plattform und desto höher ist die Zahlungsbereitschaft der Nutzer. Dies sind sogenannte Netzwerkeffekte: Der Nutzen eines Gutes steigt mit der Anzahl seiner Nutzer.

Für die Anbieter der Fahrdienste erzeugt dies einen möglichst großen potenziellen Kundenkreis und die Nachfrager haben maximale Markttransparenz. Hinzu kommt, dass durch das Bewertungssystem eine hohe Hürde für einen Wechsel der Plattform verbunden ist, da die erarbeiteten Reputationen nicht auf einen anderen Anbieter übertragen werden können. Damit ist es für weitere Plattformen schwierig, sich auf dem Markt zu etablieren.

Den finanziellen Vorteil dieser Monopolstellung obliegt der Plattform. Jede zusätzliche Fahrt generiert Einnahmen, für welche keine weiteren Ausgaben erbracht werden müssen. Die Fahrer erleben durch die Vielzahl der Anbieter einen Konkurrenzkampf, gleichzeitig erhöhen sich die potenziellen Nachfrager. Für die Kunden gilt dies simultan. Hinzu kommen die Netzwerkeffekte, durch welche die Plattform bei steigendem Kundenstamm ihre Entgelte erhöhen kann und so zusätzliche Gewinnsteigerungen erwirtschaften kann.

Arbeitsauftrag:

1. Arbeiten Sie die Ambivalenzen von Sharing-Modellen am Beispiel Personenbeförderung heraus.
2. Übertragen Sie die Erkenntnisse auf ein weiteres Beispiel.

3.3 Europäische Währungsunion (BPE 3)

VERLAUFSPLAN BPE 3.1 VORLÄUFER DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION UND ENTWICKLUNG DER WECHSELKURSE IN EUROPA

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|--|---|--|
| 7 | Einstieg: Anhand einer Fallsituation bzw. der von den Schülerinnen und Schülern in den Sommerferien getätigten Reisen, wird die Thematik Euro und Wechselkurse eingeführt. Sie führen einfache Umrechnungsbeispiele durch. Die Lehrkraft gibt einen Überblick über die EU-Länder, die dem Euro beigetreten sind. | Schüler-Lehrer-Gespräch Tafel Grafik zum Eurowährungsraum Kursblatt aus der Tageszeitung Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler erfassen den Euro-Währungsraum und können anhand von Wechselkursangaben aus dem Wirtschaftsteil einer gängigen Tageszeitung, Geldbeträge in Euro umrechnen. |
| 8 | Informationsphase: Die Lehrkraft gibt den Schülerinnen und Schülern im Lehrervortrag einen Überblick über die Historie der Wechselkurssysteme vor und im Rahmen des Bretton-Woods-Systems. Alternativ Film: Die Bundesbank im Bretton-Woods-System gezeigt werden (Link S. 66). Die Schülerinnen und Schüler machen sich während dem Lehrervortrag/des Films Notizen auf dem vorstrukturierten Zeitstrahl. | Lehrervortrag Zeitstrahl Zeitstrahlvorlage siehe Datei "Arbeitsblätter" S. 14 | Die Schülerinnen und Schüler erfahren, dass der Wechselkurs jeder Landeswährung gegenüber dem US-Dollar festgelegt wurde und sich daraus die Wechselkurse zwischen allen am Bretton-Woods-System teilnehmenden Nichtdollar-Währungen ergaben. |
| 15 | Erarbeitungsphase: Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten in Einzelarbeit anhand des von der Lehrkraft ausgeteilten Informationstextes den Europäischen Währungsverbund und das Europäische Wechselkurssystem. Sie tragen die Ergebnisse stichwortartig in das beigelegte vorstrukturierte Ergebnisblatt (Zeitstrahl) ein. | Einzelarbeit Arbeitsblatt, Ergebnisblatt mit Wechselkurschart 1987–2000 Französischer Franc/DM Dokumentenkamera | Sie erkennen, dass die Währungen, der teilnehmenden Länder in ein System fester Wechselkurse mit Schwankungsbreiten zusammengefasst wurden. Sie können die Problematik der praktischen Umsetzung des Systems anhand eines Kurscharts nachvollziehen. |
| 10 | Konsolidierung: Je eine Schülerin bzw. ein Schüler trägt das Ergebnis zu einem der selbst erarbeiteten Vorläufer vor. Das Plenum ergänzt das eingetragene Ergebnis bei Bedarf durch Wortmeldungen. Die betreffende Schülerin bzw. der Schüler ergänzt schriftlich ihr Ergebnis. | Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler überprüfen das Ergebnis und können Ergänzungen und Verbesserungen vornehmen. Anhand der Wechselkurscharts können sie das erlernte Wissen anwenden. |
| 5 | Informationsphase: Die Lehrkraft thematisiert anhand ausgewählter, historischer Wechselkurscharts, die Währungsabwertungsmöglichkeiten Frankreichs und Italiens sowie die damit verbundene ökonomische Bedeutung. | Schüler-Lehrer-Gespräch Folie mit Wechselkurscharts 1957–2000 Dokumentenkamera | Sie erkennen, dass wirtschaftlich schwächelnde Staaten in der Vergangenheit durch die Abwertungsmöglichkeit ihrer Währung ihren Export und z. B. Inlandstourismus stärken konnten und so ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten konnten. |

VERLAUFSPLAN: 3.1.2 ARBEITSBLATT – WÄHRUNGSUNION VERSUS POLITISCHE UNION

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|---|--|--|
| 3 | Einstieg: Einstiegsbild von H. Kohl/F. Mitterand/dt. Bundesbank/Wirtschaftsprofessoren. „Wie soll die europäische Integration voranschreiten?“ | Schüler-Lehrer-Gespräch Einstiegsbild Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler lernen politische Schlüsselfiguren in der EU-Geschichte zu erkennen. |
| 10 | Erarbeitungsphase: Die Schülerinnen und Schüler werden in Zweiergruppen eingeteilt. Sie erarbeiten arbeitsteilig in Einzelarbeit die Krönungstheorie (Schüler A) und die Lokomotivtheorie (Schüler B). Sie tragen ihre jeweiligen Ergebnisse in das eigene Ergebnisblatt ein ohne ihre Ergebnisse mit dem Partner auszutauschen. | Einzelarbeit Informationstext, Ergebnisblatt Ergebnisblattvorlage siehe Datei "Arbeitsblätter" S. 21 | Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die EU an einem Scheideweg steht, wie die politische Integration vorangetrieben werden soll. |
| 7 | Konsolidierung Teil 1: Jeweils drei Schülerinnen und Schüler der Krönungstheorie bzw. der Lokomotivtheorie gehen in einer Gruppe zusammen, gleichen ihre Ergebnisse ab und ergänzen bzw. verbessern ihr Ergebnis. | Gruppenarbeit in der Expertengruppe Ergebnisblatt | Krönungstheorie: Langwieriger Konvergenzprozess mit einer Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor einer Währungsunion. Lokomotivtheorie: Währungsunion treibt den Konvergenzprozess voran. |
| 20 | Konsolidierung Teil 2: Die Schülerinnen und Schüler gehen zu ihrem Ursprungspartner zurück und erläutern sich gegenseitig die jeweilige, von ihnen bearbeitete Leitidee. Sie ergänzen ihr Ergebnisblatt auf Basis des Partnernvortrags und erkennen anhand der Argumentationen, die unterschiedlichen Vorstellungen zur Bildung einer Währungsunion. Im Anschluss bearbeiten Sie gemeinsam die Fragestellung, welche Theorie sich durchgesetzt hat und ergänzen das Ergebnisblatt. | Partnerarbeit Informationstext Ergebnisblatt | Die Schülerinnen und Schüler erkennen anhand der Argumentationen, die politisch motivierte Bildung der Währungsunion und das Kalkül von Politikern, sowie ansatzweise das historische Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen. Schlüsselerkenntnis: Die Währungsunion ist kein ökonomisches, sondern ein politisches Projekt. |
| 5 | Im Plenum werden Aussagen vorgelesen, die Hoffnungen und Befürchtungen bezüglich der Umsetzung der Währungsunion als ersten Schritt vor der politischen Integration beschreiben. Die Schülerinnen und Schüler ordnen diese der Einstiegsfolie zu. | Schüler-Lehrer-Gespräch Aussagen in Sprechblasen Einstiegsfolie Dokumentenkamera | Sie erkennen anhand der Aussagen, die Hoffnungen, die Politiker mit der Währungsunion verbunden haben aber auch Befürchtungen, die von Seiten der Ökonomen geäußert wurden. |

VERLAUFSPLAN: 3.1.3 ARBEITSBLATT – VERTRAG VON MAASTRICHT, EU-STABILITÄTSPAKT

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|---|---|--|
| 5 | Einstieg: Die Schülerinnen und Schüler beschreiben eine Karikatur zum Maastrichter Vertrag (siehe Datei „Arbeitsblätter“ S. 22). Der Zeitstrahl wird im Jahr 1992 ergänzt. | Schüler-Lehrer-Gespräch Karikatur „Maastrichter Freibad“ Zeitstrahl Dokumentenkamera | |
| 10 | Erarbeitungsphase: Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten in einer Gruppenarbeit den für sie auf dem Arbeitsblatt gekennzeichneten Paragraphen und tragen ihr | Gruppenarbeit Arbeitsblatt, Ergebnisblattvorlage siehe Datei "Arbeits- | Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die Voraussetzung für ein funktionierendes System, die Festlegung von Spielregeln ist. |

| | | | |
|----|--|---|--|
| | Gruppenergebnis auf dem beigefügten Ergebnisblatt ein. | blätter" S. 23 Dokumentenkamera | |
| 18 | Konsolidierung Teil 1: Der jeweilige Gruppensprecher trägt dem Plenum das Gruppenergebnis vor. Dieses kann durch etwaige Wortmeldungen von Kontrollgruppen ergänzt oder verbessert werden. Die Schülerinnen und Schüler tragen nach jedem Kurzvortrag, die Ergebnisse zum vorgestellten Paragrafen in ihr Ergebnisblatt ein. | Vortrag einer Schülerin/eines Schülers Ergebnisblatt Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler lernen Gesetzestexte in eigene Worte umzuformulieren und erkennen, dass die Währungsunion auf vier zentralen Säulen beruht. |
| 7 | Konsolidierung Teil 2: Unter Einbezug des erworbenen Wissens bezüglich des Maastrichter Vertrags wird die Eingangskarikatur interpretiert. (Helmut Kohl, als deutscher Kanzler als erstes bereit ist den Sprung „ins kalte Wasser“, d. h. in eine doch ungewisse Zukunft zu wagen und dabei die anderen Regierungschefs noch motiviert („Mir nach“). Die anderen Regierungschefs, allen voran der französische Staatspräsident Francois Mitterand sind noch nicht so überzeugt und reagieren eher abwartend („Sag uns, ob Wasser im Becken ist“). | Lehrer-Schüler-Gespräch Karikatur „Maastrichter Freibad“ Dokumentenkamera | Die Schülerinnen und Schüler erfassen die Währungsunion als ein Experiment ohne Vorbild. |
| 5 | Informationsphase und Konsolidierung: Die Lehrkraft ergänzt den Zeitstrahl im Jahr 1997 um den Stabilitäts- und Wachstumspakt und erläutert den Schülerinnen und Schülern, die damit verbundenen Maßnahmen und trägt diese stichwortartig in das Ergebnisblatt ein. | Vortrag der Lehrerin/des Lehrers Ergebnisblatt Zeitstrahl | |
| | Hausaufgabe: Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten auf Grundlage eines Manifests, Kritikpunkte zu den mit dem Maastrichter Vertrag eingeführten Spielregeln und der Umsetzung einer Währungsunion. | Informationstext: Manifest der 62 Wirtschaftswissenschaftler vom 11.06.1992 | |

VERLAUFSPLAN: 3.1.4 ARBEITSBLATT – ÖKONOMISCHE THEORIE FÜR OPTIMALE WÄHRUNGS-
RÄUME, VOR- UND NACHTEILE EINER WÄHRUNGSUNION

| DAUER | UNTERRICHTSPHASE, INHALT | MATERIAL, MEDIEN | ANGESTREBTES ERGEBNIS, ERWARTETES SCHÜLERVERHALTEN |
|-------|--|--|--|
| 6 | Die Schülerinnen und Schüler tragen die in der Hausaufgabe zusammengefassten Kritikpunkte der Wirtschaftswissenschaftler vor. | Vortrag einer Schülerin/eines Schülers Dokumentenkamera | |
| 18 | Erarbeitungsphase 1: Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten in Einzelarbeit, die Kriterien, die gemäß der ökonomischen Theorie, die Voraussetzungen für einen optimalen Währungsraum darstellen. Sie tragen ihre Ergebnisse in das Strukturblatt ein. | Einzelarbeit Informationstext/ Strukturblatt | Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit den Szenarien symmetrischer und asymmetrischer Schocks auseinander und erkennen, unter welchen Vorbedingungen eine Währungsunion umsetzbar ist. |
| 8 | Erarbeitungsphase 2: Die Schülerinnen und Schüler gehen jeweils zu zweit zusammen und diskutieren darüber, in | Partnerarbeit Strukturblatt | Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass der Euroraum in vielerlei Hinsicht nicht oder nur im Ansatz die |

| | | | |
|------------|--|--|---|
| | wieweit der Eurowährungsraum die theoretischen Kriterien erfüllt. Ihre Ergebnisse tragen Sie auf dem Strukturblatt ein. | | Kriterien eines optimalen Währungsraums erfüllt. |
| 8 5 | Konsolidierung: Zwei Schülerinnen und Schüler präsentieren ihre Ergebnisse dem Plenum, das Verbesserungen und Veränderungen mit einbringen kann, die schriftlich festgehalten werden. Die Schülerinnen und Schüler ergänzen bei Bedarf ihr individuelles Ergebnisblatt. Zusätzlich ist eine Konsolidierung über Filme möglich. (Link S. 66) | Vortrag einer Schülerin/eines Schülers Ergebnisblatt siehe Datei „Arbeitsblätter“ S. 24 Dokumentenkamera Filme/Internet | |
| | Hausaufgabe 1. Zusammenfassung der Vor- und Nachteile der Währungsunion. 2. Die Schülerinnen und Schüler können sich als Zusammenfassung zur ersten BPE das Video: Europäische Währungsunion (Link S. 66) anschauen. | | Lösungsvorschlag siehe Datei „Arbeitsblätter“ S. 25 |

FACHLICHE HINWEISE

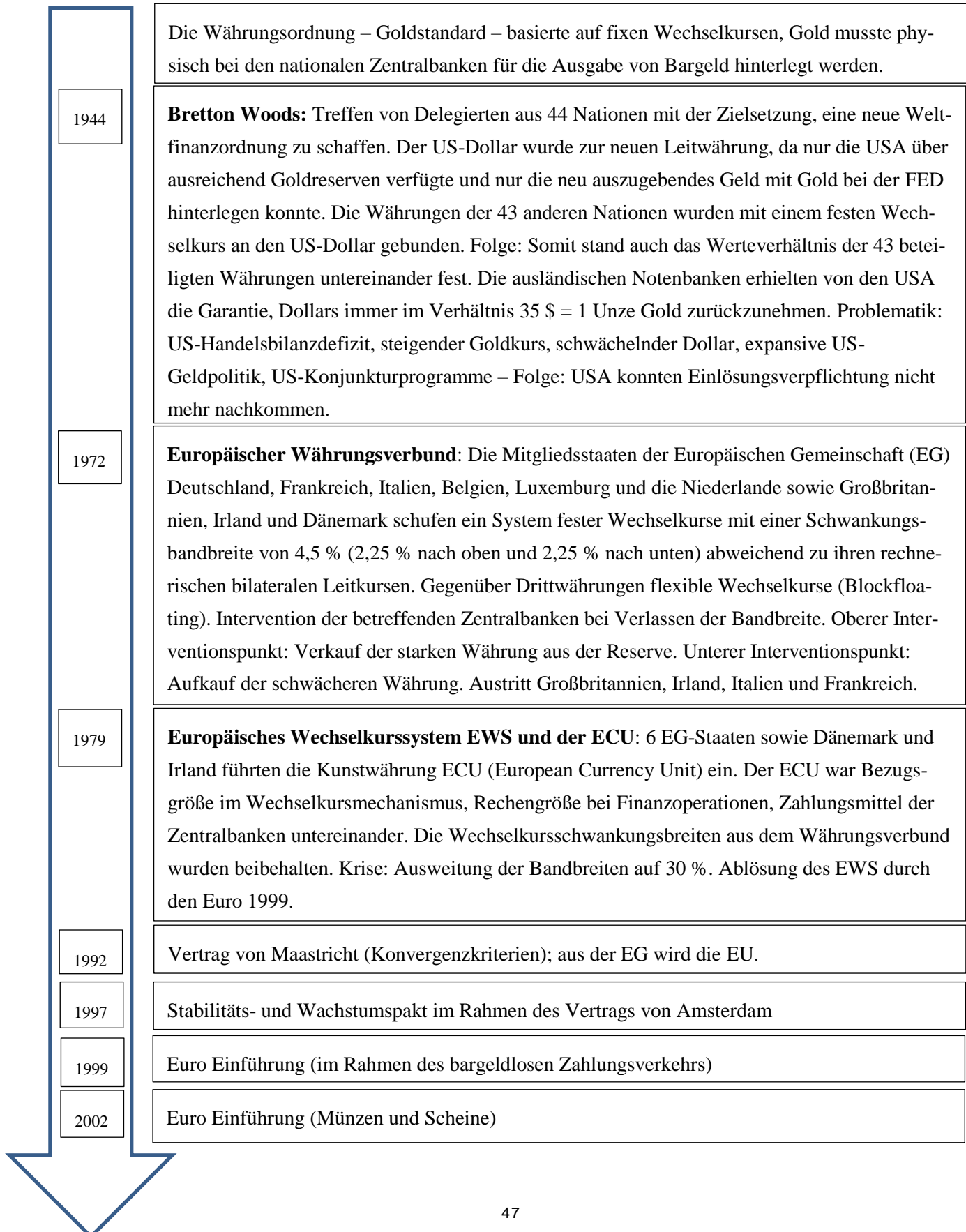
Veränderungen im Bereich der EU-Politik (Gesetzesänderungen, Finanz- und Fiskalpolitik) sind bei der 4. Unterrichtseinheit „Ist der Euroraum ein optimaler Währungsraum?“ zu berücksichtigen. Die Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Währungsunion, werden in dieser BPE zunächst eher theoretisch und aufgrund der bisher gewonnenen historischen Erkenntnisse geführt. Eine Fortführung der Diskussion erfolgt nach jeder folgenden BPE!!

DIDAKTISCHE HINWEISE

Aufgrund des eher theoretischen und historischen Inhalts der BPE 3.1 stehen bei der Erarbeitung das Lehrer-Schüler-Gespräch sowie die Einzel- und Partnerarbeit sowie die Diskussion im Plenum im Vordergrund. Von der Methode der Projektarbeit, wird in dieser Einheit abgesehen. Die BPE 3.2 bietet sich hierfür hervorragend an und kann durch die Einbindung von VIP Stunden realisiert werden.

METHODISCHE HINWEISE UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DIGITALER MEDIEN

Je nach technischer Ausstattung der Schule können digitale Medien eingesetzt werden. Hierbei bieten sich insbesondere Dokumentenkameras für die Ergebnissicherung und die Einsatzmöglichkeit von Kurzfilmen aus dem Internet an.

ARBEITSMATERIALIEN/AUFGABEN
Der Weg zur Europäischen Währungsunion


Vorläufer der Europäischen Währungsunion

Europäischer Währungsverbund

Während der Krise und dem drohenden Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems wurde in Europa 1972 der europäische Währungsverbund gegründet. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG), d. h. Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande sowie die EG Beitrittskandidaten Großbritannien, Dänemark und Irland schufen ein System fester Wechselkurse mit einer Schwankungsbandsbreite von 4,5 % (2,25 % nach oben und 2,25 % nach unten) abweichend zu ihren rechnerischen bilateralen Leitkursen. Gegenüber Drittwährungen (z. B. Dollar) bewegten sich diese im Block zusammengefassten Währungen frei/flexibel (Blockfloating).

Durchstieß eine dieser europäischen Währungen im Kurs zu einer anderen dieser europäischen Währungen die fixierte Bandbreite, verpflichteten sich die beiden jeweils betroffenen Zentralbanken durch Intervention am Devisenmarkt dafür zu sorgen, dass die Währung in diese Bandbreite zurückkehrte. Durchstieß z. B. eine EG-Währung die Bandbreite nach oben (oberer Interventionspunkt) verkaufte die Zentralbank der schwächeren Währung die starke Währung aus ihren Reserven auf dem Devisenmarkt und zog damit die eigene Währung vom Markt ab. Die starke Währung schwächte sich ab. Die schwache Währung wurde stärker. Im umgekehrten Fall, d. h. eine EG Währung durchstieß die vorgegebene Bandbreite nach unten (unterer Interventionspunkt), kaufte die Zentralbank der starken Währung die schwache Währung vom Markt und damit wurde die schwache Währung wieder stärker, die starke Währung wurde verwässert. Der europäische Währungsverbund war die Basis für etwa 50 % des innergemeinschaftlichen Handels der EG. Allerdings gestaltete sich die praktische Umsetzung schwieriger als gedacht. Bereits 8 Wochen nach der offiziellen Einführung verließen Großbritannien und Irland aufgrund der Pfundkrise den Verbund. 1973 musste Italien und 1976 Frankreich aufgrund der Nichteinhaltung der Bestimmungen den Verbund verlassen. Die Vorteile des Währungsverbundes, die durch stabile, kalkulierbare Währungsverhältnisse und dem damit verbundenen Erfolg einhergingen, führten jedoch zur Weiterentwicklung des Verbundes zu einem umfassenden europäischen Währungssystem (EWS). Dieses wurde 1978 vom damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing angestoßen.

Das europäische Währungssystem (EWS)

Acht Staaten, d. h. die EG-Staaten sowie Dänemark und Irland, übernahmen 1979 als Gründungsmitglieder des EWS den vom Europäischen Währungsverbund übernommenen Wechselkursmechanismus (Bandbreite +/- 2,25 %). Neu eingeführt wurde die Kunstwährung ECU (European Currency Unit), die als Bezugsgröße im Wechselkursmechanismus Rechengröße bei Finanzoperationen und als Zahlungsmittel der EWS-Zentralbanken untereinander diente. Aber nicht nur der Waren-, sondern auch

der Dienstleistungs- und Kapitalverkehr profitierte im starken Maße. Darüber hinaus sollte auch eine Verbesserung der Stellung Europas im internationalen Währungssystem erreicht werden.

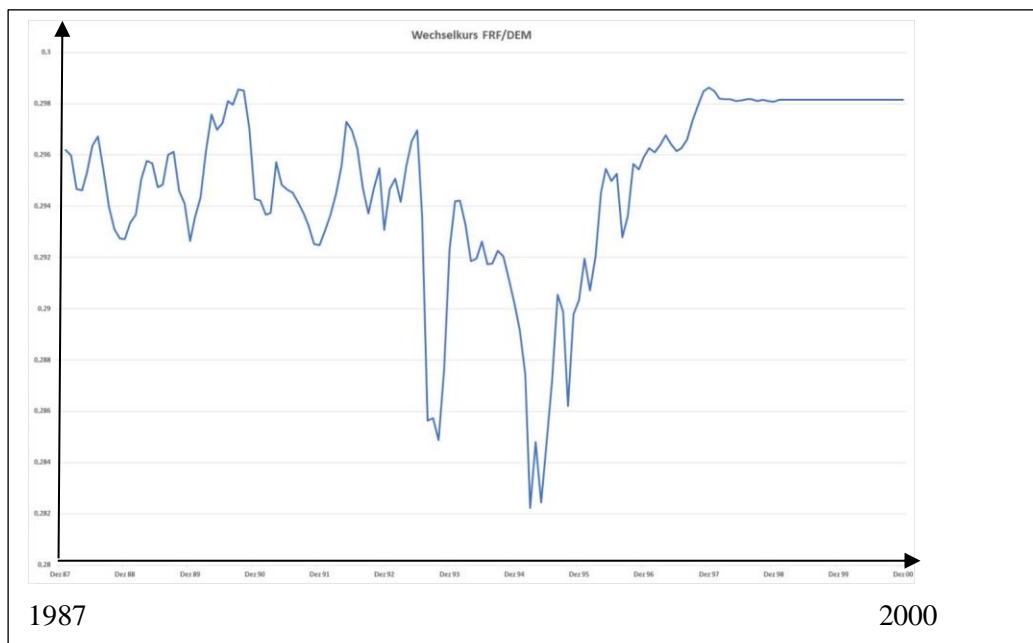
In den Jahren 1980–1990 bildete der EWS eine stabile Währungszone mit hoher Planungssicherheit für Unternehmen, die ihre Produkte im Ausland produzieren oder verkaufen wollten. Der Handel wurde gefördert durch den Abbau von Hemmnissen und Transaktions- sowie Währungsabsicherungskosten. Der Verbraucher profitierte durch stabile bzw. sinkende Produktpreise.

Zu Beginn der 90er-Jahre stieß das EWS an seine Grenzen. Auf den Devisenmärkten wurde auf Abwertungen spekuliert und das EWS galt im Jahr 1993 als stark angeschlagen. So zum Beispiel durchbrach der französische Franc den unteren Interventionspunkt. Es waren buchstäblich so viele Franc auf dem Markt, sodass diese nicht mehr aufgekauft werden konnten. Der Versuch, die Interventionsbandbreite von 4,5 % auf 30 % zu erhöhen, brachte kurzfristig eine Entspannung, aber feste Wechselkurse existierten faktisch nicht mehr. Das EWS wurde am 01.01.1999 mit Einführung des EURO abgelöst.

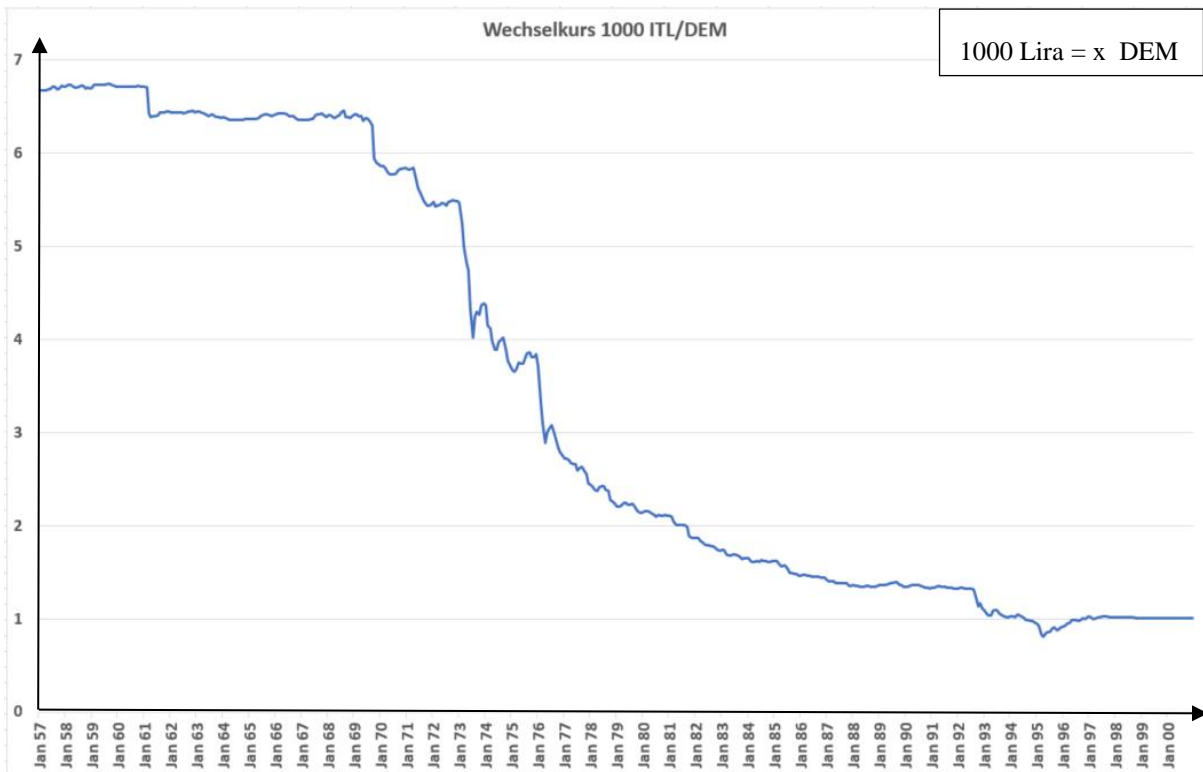
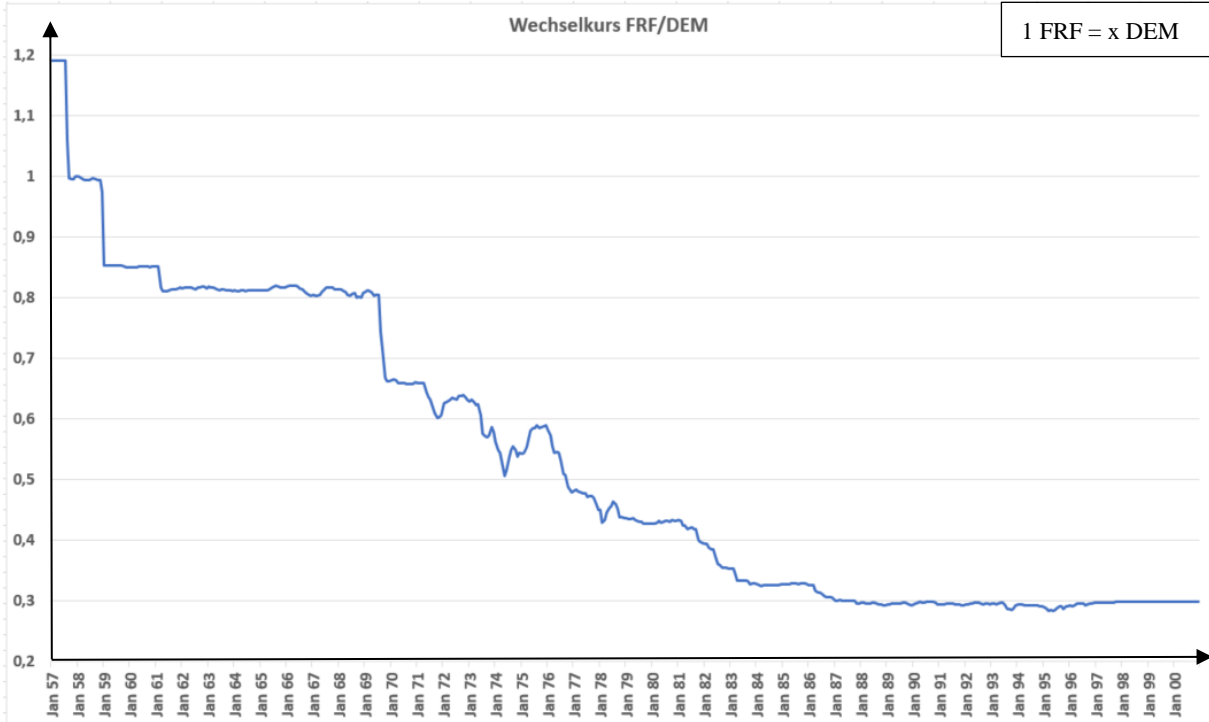
Arbeitsaufträge:

1. Beschreiben Sie unter Einbezug der Grafik 1 das Währungssystem Europäischer Währungsverbund und dessen Weiterentwicklung zum Europäischen Währungssystem.
2. Erläutern Sie unter Einbezug der Grafik 1, warum das Europäische Währungssystem scheiterte.

Grafik 1: Französischer Franc/D-Mark 1 FRF = x DEM



Abwertungsmöglichkeiten in der Historie





Von Bundesarchiv, B 145 Bild-F076604-0021/Schaack, Lothar/CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5471692> Abruf 27.03.2020



Währungsunion versus Politische Union

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)

01.01.1999, es ist vollbracht, in Europa wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Zunächst im bargeldlosen Zahlungsverkehr und ab dem 01.01.2002 in Form von Münzen und Geldscheinen. Doch wie konnte dieser historische Schritt gelingen? Welche Vorüberlegungen, alternativen Wege und Bedenken galt es im Vorfeld zu diskutieren? Welche Hürden wurden genommen und welche Verträge waren maßgebend für die Einführung des Euros?

Fest stand für alle am Prozess Beteiligten zum einen die Theorie, dass die europäische Integration ein sich selbst nährenden Prozess ist, bei dem die Integration einzelner Teilbereiche die Integration anderer Bereiche notwendig macht. Zum anderen waren sie sich dessen bewusst, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und damit verbunden, die Übertragung der nationalen geldpolitischen Kompetenzen auf eine neu zu schaffende europäische Institution (Europäische Zentralbank) nur in Verbindung mit einer Politischen Union stattfinden konnte.

Zwei konträre Konzepte standen sich hierbei gegenüber.

(Schülerin/Schüler A)-----

Auf der einen Seite standen die Vertreter der sogenannten Krönungstheorie. Hier allen voran die Deutsche Bundesbank, Wirtschaftsprofessoren und vereinzelte Bundespolitiker.

Sie vertraten den Standpunkt, dass eine Währungsunion erst am Ende des europäischen Integrationsprozesses, das heißt, nach Vollendung der politischen Union realisiert werden sollte. Das bedeutete, dass zunächst die Wirtschafts- und Finanzpolitik der beteiligten Länder vereinheitlicht werden musste sowie die Schaffung politischer und europäischer Institutionen (politische Union und Wirtschaftsregierung) im Fokus stehen sollte.

Sie argumentierten dahingehend, dass gerade unzureichend integrierte und unangeglichene Volkswirtschaften stark krisenanfällig sind. Die Warnungen gingen auch dahin gehend, dass die an einer Währungsunion beteiligten Länder zwar durch eine für alle gemeinsame Geldpolitik geeint sind, aber gerade die einheitliche Geldpolitik in Krisen unflexibel im Durchsetzen individueller Maßnahmen ist. Darüber hinaus sahen sie eine große Problematik darin, dass bei einer für alle Länder einheitlichen Währung, keine Abwertung der eigenen Währung zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt werden konnte. Bildlich gesprochen verstand die Bundesbank den EURO als Dynamit beim Aufbau eines stabilen europäischen Hauses. Eine einheitliche Währung sollte nach ihrer Auffassung als Krönung, das heißt als letzter Schritt eines politischen und monetären Vergemeinschaftungsprozesses durchgeführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die Verantwortung über die nationale Geldpolitik bei den nationalen Notenbanken verbleiben.

Schülerin/Schüler (B)-----

Auf der anderen Seite gab es die Vertreter der Lokomotivtheorie. Hier allen voran Frankreich.

Für sie war die EWWU ein Schrittmacher und Motor für die darauffolgende Vergemeinschaftung weiterer Politikbereiche. Das heißt, die gemeinsame Währung sollte wie eine Lokomotive die wirtschaftliche und politische Integration Europas mit einer vereinheitlichten Politik nach sich ziehen. Aus ihrer Sicht war der Euro bildlich dargestellt, der Mörtel beim Aufbau des europäischen Hauses. Nach ihrer Vorstellung sollte schon in einer frühen Phase des monetären Integrationsprozesses eine gemeinsame unabhängige europäische Notenbank installiert werden. Begründet wurde dies damit, dass die Zentralbank die Volkswirtschaften bei ihrer stabilitätsorientierten Entwicklung hin zu einer Annäherung unterstützt, begleitet und die Möglichkeit hat, einen Anpassungsdruck auf die nationalen Volkswirtschaften auszuüben.

Die Bundesregierung unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel waren ebenfalls Befürworter einer schnell durchzuführenden Währungsunion. Für sie war die Währungsunion untrennbar mit einer politischen Union verbunden und damit der Vorstellung, dass Europa sich untrennbar eint, d. h. sie sahen die Einheitswährung als Instrument zur Umsetzung einer möglichst unumkehrbaren politischen Union. Für sie stand aber auch fest, dass für die Teilnahme an der Währungsunion unumgängliche und rigide Vertragsregeln eingeführt werden mussten, da in Deutschland die wirtschaftliche Philosophie von einer regelgebundenen Wirtschaftspolitik vorherrschten. Theo Waigel kommentierte damals „Wir führen unsere D-Mark in Europa ein (...). Die Stabilitätspolitik werde Modell und Maßstab für den ganzen Kontinent (...). „Wir zwingen Europa und uns selbst zu strengster Disziplin im Umgang mit dem Geld unserer Steuerzahler (...) der Euro wird einen frischen Wind der Modernisierung nach Europa bringen“. Darüber hinaus bestanden die deutschen Regierungsvertreter aber auch bei Einführung einer europäischen Notenbankbank auf deren politische Unabhängigkeit.

Die Bundesregierung bewarb die Währungsunion vor allem mit ökonomischen Argumenten wie: Innerhalb der Euro-Zone erhöhen sich die deutschen Exportchancen, Geldwechselkosten für Reisende und Unternehmen sowie Wechselkursrisiken und Absicherungsgeschäfte insbesondere für Unternehmer entfallen, der Handel und der Kapitalverkehr profitieren, Währungsspekulationen werden unterbunden.

(Schüler A + B in der zweiten Erarbeitungsphase)-----

Aber welcher Weg setzte sich durch? Welche Hürden galt es zu nehmen und welche Verträge wurden geschlossen?

In den 70er-Jahren wurden im Rahmen des sogenannten „Werner-Plans“ erste Versuche zu einer Währungsintegration unternommen, die aber aufgrund der Ölpreiskrise und negativer ökonomischer

Konstellationen scheiterten. Ab Ende der 80er-Jahre wurden unter Federführung von Jacques Delors (Präsident der EU-Kommission), die Pläne zur Konkretisierung der EWWU forciert.

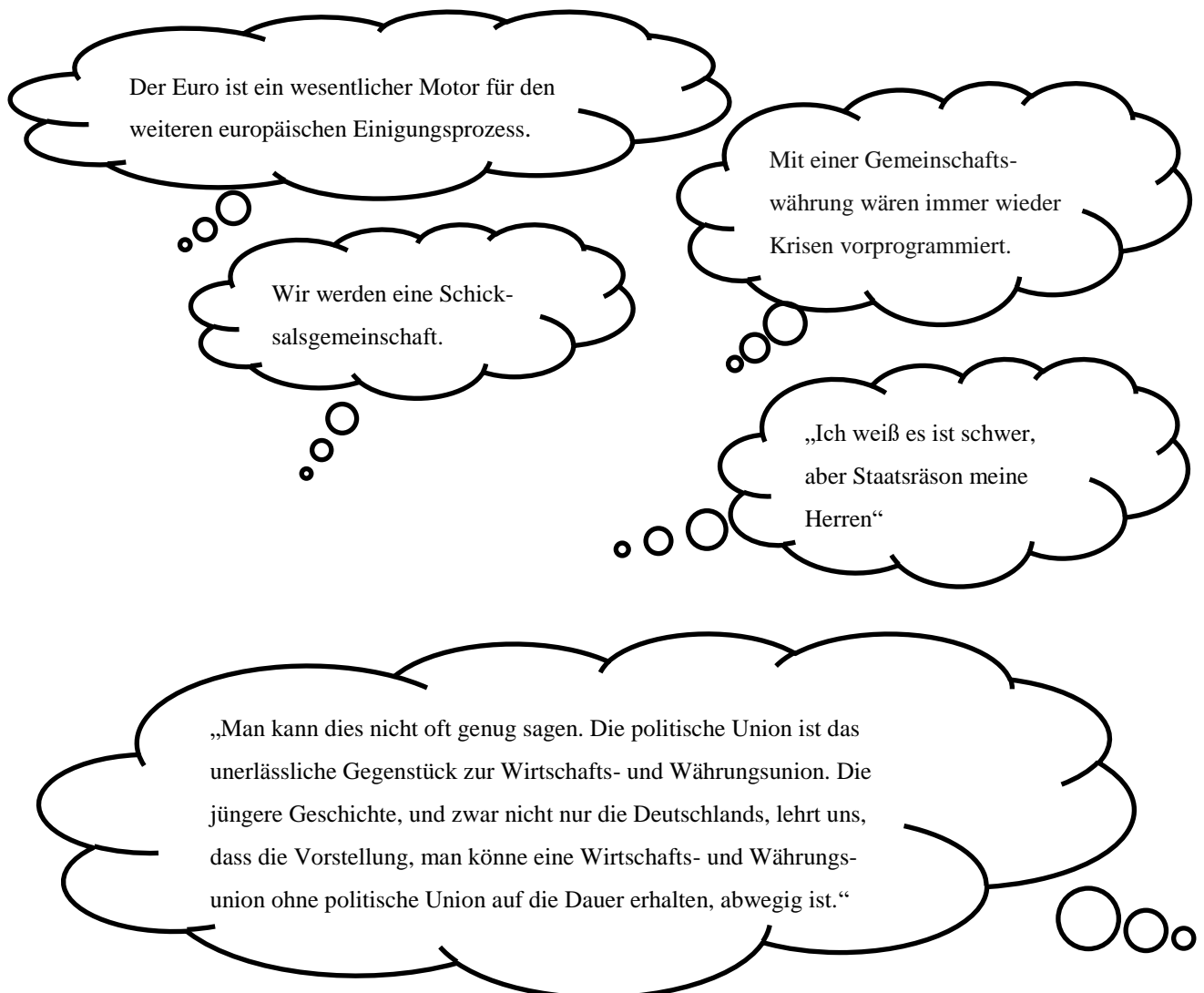
Auf einmal ging alles historisch betrachtet sehr schnell. Die Pläne für eine Währungsunion gewannen an Dynamik. Positiv beeinflusst durch die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Helmut Kohl (CDU), der damalige Kanzler, wollte durch Zustimmung Deutschlands zu einer von französischer Seite forcierten großen Euro-Zone ein Zeichen setzen. Es ging vor allem darum, der von Frankreich, aber auch anderen europäischen Ländern gehegten Sorge, dass Deutschland als gestärktes wiedervereinigtes Land sich vom europäischen Engagement abwendet, entgegenzutreten. Die Befürwortung zur EWWU, von Helmut Kohl, kann man also als vertrauensbildende Maßnahme sehen. Allerdings sah Helmut Kohl immer die politische Union als unerlässliches Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion und verlangte die politische Union mit der EWWU mittel- bis langfristig zu verbinden. Bei den Maastrichter Verhandlungen, in denen die Aufnahmekriterien in die EWWU, die Zeitpläne für die Umsetzung, die Übertragung der Wirtschaftspolitik auf die Europäische Zentralbank sowie der Euro als gemeinsame Währung beschlossen wurde, konnte sich Helmut Kohl mit der Ansicht „Keine Währungsunion ohne politische Union“ nicht durchsetzen. Die Überlegungen zur politischen Union blieben bei den Maastrichter Verhandlungen in den Kinderschuhen stecken und wurden auf die Zukunft vertagt (Vertrag von Amsterdam 1997, Vertrag von Lissabon 2009).

In Maastricht hatte sich schlussendlich die Lokomotivtheorie durchgesetzt und Europa nun 1999 eine gemeinsame Währung beschert, aber keine tragfähigen politischen Strukturen.

Die Vertreter der Krönungstheorie, allen voran die Deutsche Bundesbank, hatten keine rechtlichen Möglichkeiten, die Umsetzung der Währungsunion zu verhindern. Am Ende stimmten die Vertreter der Deutschen Bundesbank mit dem Kommentar „stabilitätspolitisch vertretbar“ zu.

Arbeitsauftrag:

1. Erarbeiten Sie, nachdem Sie den Einführungstext gelesen haben, aus dem Informationstext die grundsätzlichen Unterschiede der Vorgehensweise zur Umsetzung der europäischen Integration. Gehen Sie dabei auch auf deren Vertreter und deren Argumentation bzw. Bedenken ein. (Schüler A: Krönungstheorie; Schüler B: Lokomotivtheorie)
2. Tauschen Sie Ihr Expertenwissen in einer Expertengruppe aus und ergänzen bzw. verbessern Sie Ihr Ergebnis bei Bedarf.
3. Stellen Sie Ihr Ergebnis Ihrer Partnerin/Ihrem Partner vor.
4. Stellen Sie anhand des Informationstextes dar, welcher Weg sich historisch durchgesetzt hat.
5. Ordnen Sie folgende Aussagen den Gedanken- bzw. Sprechblasen der Einstiegsfolie zu.



Die Spielregeln der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)

Im Vertrag von Maastricht (07.02.1992) wurde die Europäische Union begründet. Die Aufnahme in die EWWU, die Einführung des EURO und der Verbleib in der EWWU, sind an die Einhaltung von gesetzlich festgelegten Kriterien geknüpft. Die Kriterien bedingen eine wirtschaftliche Stabilität des beizutretenden Landes. Diese Konvergenz- und Stabilitätskriterien sollen die Umsetzung und Beibehaltung der EWWU garantieren und einen Ordnungsrahmen schaffen. In Maastricht wurden die Kriterien damals im EG Vertrag (EGV) erfasst und finden sich heute im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wieder.

 §
1
2
2
A
E
U
V

(1) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission unbeschadet der sonstigen in den Verträgen vorgesehenen Verfahren im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten über die der Wirtschaftslage angemessenen Maßnahmen beschließen, insbesondere falls gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren, vor allem im Energiebereich, auftreten.

(2) Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der Union zu gewähren. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über den Beschluss.

(...) **Anmerkung der Redaktion: Beistandsgebot**

 §
1
2
3
A
E
U
V

(1) Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten (im Folgenden als "nationale Zentralbanken" bezeichnet) für Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die Europäische Zentralbank oder die nationalen Zentralbanken. (...)

 §
1
2
5
A
E
U
V

(1) Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

(...) **Anmerkung der Redaktion: Bail-Out-Verbot bzw. Beistandsverbot**

§
1
4
0
A
E
U
V

(1) ... Ferner wird darin geprüft, ob ein hoher Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht ist: Maßstab hierfür ist, ob die einzelnen Mitgliedstaaten folgende Kriterien erfüllen (Anm.: Konvergenzkriterien)

1. Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener höchsten drei Mitgliedsstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. (Anm. aus dem Protokoll: max. 1,5 Prozentpunkte)

2. Eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, ersichtlich aus einer öffentlichen Haushaltslage ohne übermäßiges Defizit im Sinne des Artikels 126 Absatz 6 AEUV (Anm. aus dem Protokoll: das Haushaltsdefizit (Nettoneuverschuldung) darf nicht höher sein, als 3 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Verschuldungsgrad des öffentlichen Haushalts darf nicht höher sein als 60 % des BIP)

3. Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber dem Euro (Anm. aus dem Protokoll max. 15 %)

4. Dauerhaftigkeit der von den Mitgliedsstaat mit Ausnahmeregelung erreichten Konvergenz und seiner Teilnahme am Wechselkursmechanismus, die im Niveau der langfristigen Zinssätze zum Ausdruck kommt. (Anm. aus den Protokollen: die langfristigen Zinsen für Staatsanleihen dürfen nicht höher als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Staaten mit der höchsten Preisstabilität sein)

Arbeitsauftrag:

1. Erarbeiten Sie in Ihrer jeweiligen Gruppe den Inhalt des gekennzeichneten AEUV-Paragrafen und tragen Sie die Kernaussagen an der vorgegebenen Stelle in das vorstrukturierte Ergebnisblatt ein.
2. Diskutieren Sie in der Gruppe die Bedeutung Ihres bearbeiteten Paragrafs als Säule für die Schaffung einer stabilen und funktionierenden EWWU.
3. Tragen Sie Ihr Ergebnis im Forum vor.

Europäische Union

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion EWWS

§ 122 AEUV

Beistandsgebot

Solidarität der Mitgliedsstaaten

Mitgliedsstaaten werden finanzielle Hilfe durch die Union gewährt.

Anwendung:

Naturkatastrophen
außergewöhnliche Ereignisse
(schwere Wirtschaftskrise Rückgang des BIP um 0,75 %)
Versorgungsschwierigkeiten an Waren und Energie

§ 123 AEUV

Verbot

Überziehungs- und Kreditlinien bei der EZB bzw. den Zentralbanken der Mitgliedsländer sind für die Organe der EU, Zentralregierungen der Mitgliedsstaaten, öffentliche Unternehmen und Körperschaften verboten.

Verbot des Anleiheankaufs durch die EZB u. a. von Mitgliedsstaaten, öffentlichen Unternehmen und Körperschaften.

§ 125 AEUV

Beistandsverbot/ Bail-Out-Verbot

Weder die Union noch die Mitgliedsstaaten haften für die Verbindlichkeiten der EU-Organe, eines Mitgliedsstaates sowie öffentlicher Unternehmen und Körperschaften.

§ 140 AEUV

Konvergenzkriterien

1. Preisstabilität, Inflationsrate max. 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der 3 preisstabilsten Mitglieder.
2. tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand der Mitgliedsstaaten.
Nettoneuverschuldung max. 3 % des BIP
Verschuldungsgrad max. 60 % des BIP
3. Wechselkursstabilität (max. 15 % Abwertungsspielraum in den zwei Jahren vor dem Beitritt)
4. Zinsniveau Staatsanleihen max. 2 Prozentpunkte > dem Durchschnitt der 3 preisstabilsten Mitgliedsstaaten.

Vertrag von Maastricht

Stabilitäts- und Wachstumspakt

- Dient der Koordinierung und Überwachung der Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten, da solide öffentliche Finanzen die Voraussetzung für das korrekte Funktionieren und die Stabilität der EWWU darstellen.
- Die Mitgliedsstaaten müssen jährliche Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorlegen.
- Abweichungen von den Konvergenzkriterien führen im ersten Schritt zur Aufforderung der Budgetkorrekturen („blauer Brief“-Frühwarnung, dann zu Sanktionen in Form von unverzinslichen Einlagen (0,2 % des BIP) und im letzten Schritt zu Geldbußen (0,2-0,5 % des BIP – je nach Schwere des Vergehens).
- Ziel: politische Unabhängigkeit der EZB (kein wirtschaftlicher und politischer Druck durch hochverschuldete Mitgliedsstaaten, die auf eine lockere Geldpolitik mit Niedrigzinsen und Anleiheankäufen setzt).

Manifest von 62 Professoren der Wirtschaftswissenschaften (vom 11. Juni 1992)

Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht:

Eine Gefahr für Europa

Abrufbar unter [Universität Göttingen](#)



Arbeitsauftrag:

1. Fassen Sie die Kritikpunkte bzw. Warnungen der 62 Professoren der Wirtschaftswissenschaften in Bezug auf den Maastrichter Vertrag und der damit einhergehenden Einführung einer Währungsunion zusammen.
2. Bewerten Sie diese aus der heutigen Sicht.

Ist der Euroraum ein optimaler Währungsraum?

Die ökonomische Theorie optimaler Währungsräume beschäftigt sich mit der Fragestellung, ob und in welcher Größenordnung es für bestimmte souveräne Länder vorteilhaft ist, einen gemeinsamen Währungsraum zu bilden. Dabei ist anhand bestimmter Kriterien zu prüfen, ob der Nutzen einer Währungsunion deren Kosten übersteigt oder ob es umgekehrt ist. Die Vorteile eines gemeinsamen Währungsraums bestehen unter anderem in den rückläufigen Transaktionskosten auf den Güter- und Kapitalmärkten des Währungsraums, dem Wegfall von Wechselkursrisiken, einer höheren Markttransparenz durch erleichterte Preisvergleiche sowie einer Intensivierung des Wettbewerbs. Allerdings verzichten die teilnehmenden Länder auf ihre autonome und stabilisierende Währungspolitik in Form von Wechselkursmechanismen und auf die Zinspolitik als Pfeiler der Konjunkturpolitik.

Daraus abgeleitet kann ein funktionierender gemeinsamer Währungsraum nur dann erzeugt werden, wenn es gemäß der Theorie gelingt, das fehlende individuelle politische Steuerungsinstrument der Währungspolitik durch andere Regelungen und Maßnahmen zu ersetzen.

Der theoretische Ansatz verwendet daher realwirtschaftliche Kriterien, die sich auf ökonomische Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten beziehen. Im Folgenden werden die Szenarien und die Kernaussagen dargestellt, nach denen eine monetäre Integration für Volkswirtschaften möglich ist.

Szenarien

Wirtschaftliche Schocks (Krisen/Störungen) können in einem Währungsraum alle Regionen und Branchen betreffen, dann spricht man von symmetrischen Schocks, oder sie können nur wenige Regionen oder Branchen betreffen, dann spricht man von asymmetrischen Schocks.

Sind die Auswirkungen auf die beteiligten Volkswirtschaften symmetrisch, sind feste Wechselkurse oder eine einheitliche Währung (Währungsunion), die diese Länder verbinden, kein weiteres Problem.

Handelt es sich um einen asymmetrischen Schock, kann die betroffene Region (das betroffene Land) wenn sie nicht Mitglied einer Währungsunion ist, mit einer Abwertung ihrer Währung oder mit einer entsprechenden Gestaltung ihrer Geldpolitik die Krise bekämpfen und ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangen. Ist das betroffene Land aber Mitglied einer Währungsunion, bestehen diese Möglichkeiten nicht, da die Wechselkurse festgeschrieben sind und eine auf die betroffene Region ausgerichtete Gestaltung der Geldpolitik zu Nachteilen für die anderen Regionen führen würde.

Unter welchen Voraussetzungen und Kriterien ist nun eine Währungsunion in Bezug auf asymmetrische Krisen dennoch darstellbar?

1. Ein Währungsraum ist dann optimal, falls asymmetrische ökonomische Schocks eher unwahrscheinlich sind. Dies ist dann der Fall, wenn die sektorale Produktionsstruktur in den Mitgliedsländern ähnlich ist oder/und zwischen den verschiedenen Branchen im Währungsraum ein intensiver Handel stattfindet. Beide Aspekte senken die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks.

2. Falls diese Bedingungen nicht erfüllt sind und sich asymmetrische Schocks ereignen, wäre die Teilnahme an einem Währungsraum auch dann möglich, wenn die betroffenen Regionen eine hohe ökonomische Anpassungsfähigkeit aufweisen und damit ausgleichende Mechanismen ausgelöst werden. In Abhängigkeit von den jeweiligen ökonomischen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen bestehen die folgenden Möglichkeiten:
- Falls die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital im Währungsraum mobil sind (Faktormobilität), können die Folgen asymmetrischer Schocks durch Wanderungsbewegungen gemildert werden. So können z. B. Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, in Regionen umziehen, die nicht von dem Schock betroffen sind, und dort einen neuen Arbeitsplatz suchen.
 - Falls die Güterpreise und Löhne im Währungsraum flexibel sind, kann die Region durch Lohn- und/oder Preissenkungen („interne Abwertung“, „sinkender realer Wechselkurs“) ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und auf diese Weise den Schock überwinden.
 - Falls sich der Währungsraum durch eine hohe Solidarität der beteiligten Regionen untereinander auszeichnet und die wirtschaftliche Entwicklung als gemeinsames Schicksal aufgefasst wird, können bei asymmetrischen Schocks die betroffenen Regionen von den nicht betroffenen Regionen finanzielle Transfers oder sonstige Hilfen erhalten. Der Währungsraum wird dann auch zu einer Transferunion („risk sharing“-Maßnahmen).
 - Falls die betroffene Region ausreichend eigene finanzielle Mittel besitzt oder sich durch eine Kreditaufnahme diese besorgen kann, ist es möglich, den asymmetrischen Schock durch eine antizyklische Finanzpolitik zu bekämpfen. Durch die Erhöhung der Staatsnachfrage verbessert sich dann kurzfristig die wirtschaftliche Situation der betroffenen Region.

Die zuletzt genannte Möglichkeit schließt den Bogen zu den politisch festgelegten Konvergenzkriterien in der Europäischen Währungsunion sowie zu den Regularien bei zwischenstaatlichen Transfers, die in der EWU stattfinden können. Neben nominalen Vorgaben zum Zinsniveau, der Inflation und den Wechselkursen wird insbesondere Wert auf die Schuldenbegrenzung und Konsolidierung der Staatsfinanzen gelegt. Die hierbei einzuhaltende Schuldenbegrenzung bzw. Verpflichtung zur Durchführung struktureller Reformen führt oft zu einer Austeritätspolitik (Sparpolitik), die die Möglichkeiten der antizyklischen Finanzpolitik begrenzt und die Bevölkerung belastet. Dadurch kann sich ein Schock weiter verschärfen. Zwischenstaatliche Transfers können auch zu politischen Spannungen im Geberland und/oder im Nehmerland führen.

Wenn eine Region oder ein Staat bereits eine hohe Verschuldung aufweist, ist eine weitere Schuldenerhöhung oft mit großen Problemen verbunden. Steigende Kreditzinssätze und zurückgehende Steuereinnahmen erschweren die Kreditaufnahme. Private Investitionen werden bei einem Schock oft verschoben oder reduziert. Die Überwindung der Krise fällt dann schwer.

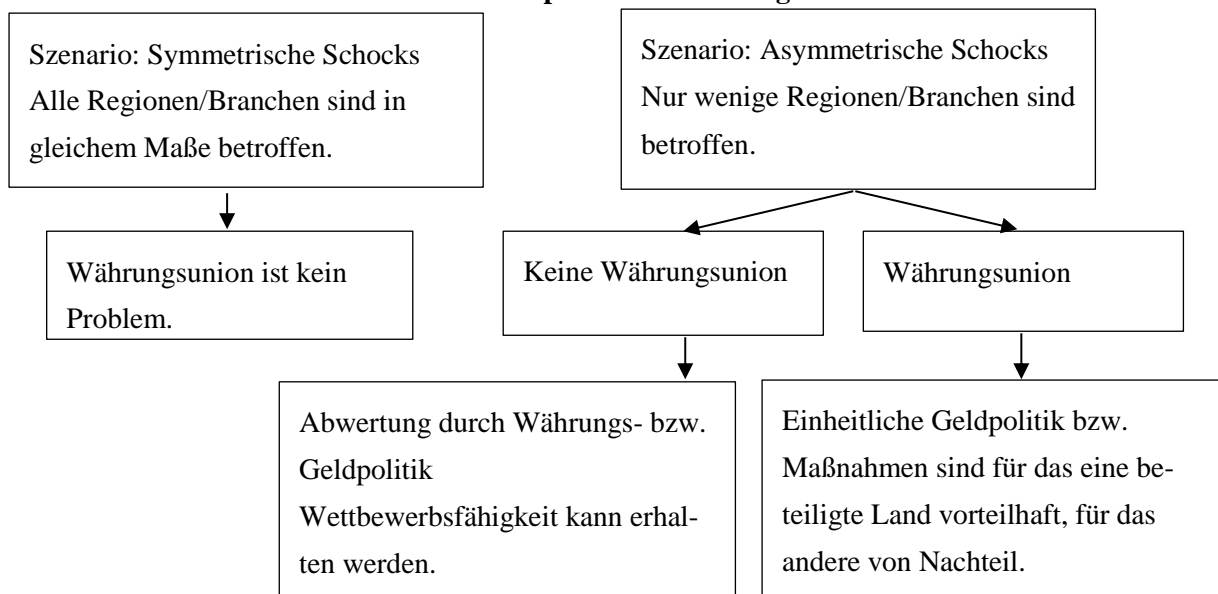
Demgegenüber ist eine Erhöhung der Staatsnachfrage dann unproblematisch, wenn die betreffende Region in guten Zeiten genügend Geld angespart hat oder nur eine geringe Staatsverschuldung aufweist. In diesem Fall können die Möglichkeiten der Fiskalpolitik wirksam eingesetzt werden und zu einer effektiven Bekämpfung des asymmetrischen ökonomischen Schocks beitragen.

Daher werden in der ökonomischen Theorie die Anforderungen an optimale Währungsräume dahin gehend ergänzt, dass die beteiligten Staaten

- ähnliche wirtschaftspolitische Präferenzen zu der Frage haben, wie auf ökonomische Schocks reagiert werden sollte,
- eine ähnlich ausgerichtete nationale Fiskalpolitik betreiben (z. B. in guten Zeiten Überschüsse erzielen, die sie in schlechten Zeiten ausgeben können),
- sich aufgrund ihrer gemeinsamen Währung solidarisch verhalten und sich gegenseitig unterstützen.

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie die theoretischen Kriterien für einen optimalen Währungsraum anhand des Infotextes und tragen Sie Ihre Ergebnisse in das vorstrukturierte Ergebnisblatt ein.
2. Vergleichen Sie die Ergebnisse mit Ihrem Arbeitspartner.
3. Überlegen Sie gemeinsam, inwiefern sich der EURO-Währungsraum gemäß der Theorie über optimale Währungsräume eignet. Kreuzen Sie eine der Optionen an und begründen Sie diese.
4. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse der Klasse.
5. Hausaufgabe: Fassen Sie die Vor- und Nachteile einer Währungsunion auf Basis der Erkenntnisse der vergangenen Unterrichtsstunden sowie einer ergänzenden Internetrecherche zusammen.

Ist der Euroraum nach der Theorie ein optimaler Währungsraum?


| Kriterium | Praktische Umsetzung | Begründung |
|---|--|--|
| Ähnliche Produktionsstruktur | <input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu | Frankreich: Agrarbereich; Deutschland: Automobil, Chemie, Maschinenbau |
| Intensiver Handel zwischen den verschiedenen Branchen | <input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu | Vorteil für stark Export orientierte Länder wie Deutschland |
| Faktormobilität von Arbeit und Kapital | <input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu | Sprachbarrieren/24 Amtssprachen/27 Sozial- und Bildungssysteme/freier Kapitalverkehr |
| Flexible Güterpreise und Löhne | <input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu | Gesellschaftliche Spannungen/Härten länderspezifische Arbeitnehmerrechte/Gewerkschaften |
| Finanzielle Transfers und hohe Solidarität der beteiligten Regionen | <input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu | Politische Spannungen im Geberland möglich |
| Antizyklische Finanzpolitik/Kreditaufnahmen der Regionen | <input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu | Länderspezifische Finanzpolitik Konvergenzkriterien (Deckelung; Schuldenbegrenzung; strukturelle Reformen) |

Weitere Anforderungen: ähnliches Reaktionsverhalten auf ökonomische Schocks, ähnliche nationale Fiskalpolitik, solidarisches Verhalten

WEITERFÜHRENDE HINWEISE/LINKS

- Film: Die Bundesbank im Bretton-Woods-System [bundesbank.de/de/service/mediathek/videos/sie-bundesbank-im-bretton-woods-system-715500](https://www.bundesbank.de/de/service/mediathek/videos/sie-bundesbank-im-bretton-woods-system-715500)
- Film: Handelsblatt Faktencheck: Bert Rürup erklärt: Was ist ein optimaler Währungsraum <https://www.handelsblatt.com/video/archiv/was-ist-ein-optimaler-waehrungsraum/9428892.html?ticket=ST-860795-BOS1x9jDR0q6ZKE3quFY-ap2>
- Film: ECO kompakt: Robert Mundell (mit Interview K. Wellershoff) <https://www.srf.ch/play/tv/eco/video/eco-kompakt-robot-mundell-mit-interview-k-wellershoff?id=5bd2d7c7-b4fb-47a1-96b4-ee56ad7aca61>
- Film: Währungsräume USA vs. Euroraum <https://www.youtube.com/watch?v=7mvRkXLcuAg>
- Film: Europäische Währungsunion <https://www.youtube.com/watch?v=oOGiE7OVd-Y>

4 Umsetzungsbeispiele für Vertiefung – individualisiertes Lernen – Projektunterricht (VIP)

BEISPIEL 1**THEMA BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR (BPE 1.1)**

Recherche- und Projektauftrag:

Gestalten Sie eine anschauliche Präsentation zur Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland seit 1946 sowie zur heutigen Bevölkerungsstruktur.

Die Präsentation soll folgende Mindestinhalte aufweisen:

1. Vergleich der aktuellen Altersstruktur in Deutschland mit Schaubildern aus früheren Zeiten (z. B. Deutschland im Jahr 1875, 1910 oder 1950).
2. Entwicklung der Zahl der Geburten (differenziert nach Regionen, nach dem Alter der Mutter sowie nach dem Familienstand der Eltern), der Kinderlosenquote (differenziert nach Bildungsstand), der Zahl der Sterbefälle, Entwicklung der Lebenserwartung sowie der Haushaltsgrößen (differenziert nach städtischen und ländlichen Regionen, nach der Anzahl der Kinder in einem Haushalt sowie nach Lebensformen).
3. Erklärung folgender Fachbegriffe:
 - Alten- und Jugendquotient
 - Medianalter
 - Kohortengeburtensrate (englisch: CFR) und ihre Aussagekraft
 - Zusammengefasste Geburtenrate (englisch: TFR) und ihre Aussagekraft
 - Tempoeffekt

- tempobereinigte Geburtenrate (englisch: adjusted TFR)

Quellen, z. B.:

- https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/_inhalt.html
- <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Jahrbuch/jb-bevoelkerung.html>
- <https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2018-kap-1.html>
- <https://www.bmfsfj.de/blob/75090/7a1ebb08b6be4f49607ad3bdbefda302/geburten-und-geburtenverhalten-in-d-data.pdf>

Thementeiliger Projektauftrag möglich. Konsolidierung durch Austausch der von der Fachlehrkraft auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüften Präsentationsergebnisse.

BEISPIEL 2

THEMA ENTWICKLUNGSSCHRITTE DER INDUSTRIELLE REVOLUTION IN FORM EINES ERKLÄRVIDEOS DARSTELLEN (BPE 2.1)

Alternativ zum traditionellen Unterricht für die BPE 2.1 können die Schülerinnen und Schüler zur Nutzung der VIP-Stunden die einzelnen industriellen Revolutionen in einem Erklärvideo darstellen. Hierbei können Sie die wesentlichen Entwicklungsschritte voneinander abgrenzen und dies in Form einer kollaborativen Arbeitsweise mithilfe digitaler Medien durchführen.

Eine mögliche Plattform zur Erstellung von kostenlosen Erklärvideos ist „my simpleshow“.

Durch das Erstellen eines Erklärvideos erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler die Thematiken der verschiedenen industriellen Revolutionen schrittweise und stellen die wesentlichen Inhalte als Kurzfilm zusammen. Hierdurch wird dem Gedanken des Konstruktivismus mithilfe digitaler Medien Rechnung getragen. Dabei ist für den Lernerfolg das Einbinden von Grafiken, die den Kerngedanken der jeweiligen industriellen Revolution hervorheben, in den Kurzfilm von hoher Bedeutung.

5 Anhang

In Bezug auf BPE 4 Wirtschaftsethik wird auf die Handreichung H-16.04 Finanzwirtschaftliche Studien aus 2016 verwiesen.

Unterrichtsmaterial zur BPE 1 (Demografischer Wandel)

Unterrichtsmaterial zur BPE 2 (Digitale Ökonomie)

Unterrichtsmaterial zur BPE 3 (Europäische Währungsunion)